

36. Sitzung

am Dienstag, dem 15. Dezember 2009, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 2815

Wahl des Zweiten Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags

Markus Rinderspacher (SPD)..... 2815

Geheime Wahl..... 2815

Bekanntgabe des Wahlergebnisses..... 2835

Franz Maget (SPD)..... 2835

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten "Stabilisierungskonzept für die Hypo Group Al- pe Adria (HGAA)"

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 2816

Markus Rinderspacher (SPD)..... 2819 2823

Alexander König (CSU)..... 2823 2828

Georg Winter (CSU)..... 2824 2827 2828

Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 2827

Ludwig Wörner (SPD)..... 2828

Hubert Aiwanger (FW)..... 2829

Sepp Daxenberger (GRÜNE)..... 2831

Thomas Hacker (FDP)..... 2834

Einberufung des Ältestenrats gem. § 16 Satz 2 GeschO

Erster Vizepräsident
Reinhold Bocklet..... 2835

Mitteilung gem. § 14 Abs. 4 GeschO, betr. neues
Mitglied und neues stellvertretendes Mitglied des **Äl-
testenrats** 2836

Erste Lesungen

zu einem Gesetzentwurf und zwei Staatsverträ-
gen, die ohne Aussprache an die jeweils feder-
führenden Ausschüsse überwiesen werden sol-
len:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Abfallwirt-
schaftsgesetzes (Drs. 16/2816)

Verweisung in den Umweltausschuss 2836

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Dreizehnten Staatsvertrag
zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträ-
ge (Dreizehnter Rundfunkänderungsstaatsver-
trag) (Drs. 16/2736)

Verweisung in den Hochschulausschuss 2836

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Vertrag über die Errich-
tung des IT-Planungsrats und über die Grundla-
gen der Zusammenarbeit beim Einsatz der
Informationstechnologie in den Verwaltungen
von Bund und Ländern - Vertrag zur Ausführung
von Art. 91 c GG (Drs. 16/2737)

Verweisung in den Haushaltsausschuss 2836

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinder-
spacher, Dr. Christoph Rabenstein, Isabell Zacha-
rias u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungs-
gesetzes (Drs. 16/2779)

- Erste Lesung -

Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 2836 2841

Berthold Rüth (CSU)..... 2837

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW).....	2838
Thomas Gehring (GRÜNE).....	2839
Renate Will (FDP).....	2840 2841

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 2842

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Wohnungsbin-
dungsgesetzes und des Bayerischen Wohn-
raumförderungsgesetzes (Drs. 16/2815)

- Erste Lesung -

Staatssekretär Gerhard Eck.....	2842
Ludwig Wörner (SPD).....	2842 2845
Eberhard Rotter (CSU).....	2843
Claudia Jung (FW).....	2843
Christine Kamm (GRÜNE).....	2843 2845
Jörg Rohde (FDP).....	2844 2845

Verweisung in den Sozialausschuss..... 2845

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der
Sozialgesetze und anderer Rechtsvorschriften
(Drs. 16/2087)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung (Drs. 16/2829)

Beschluss..... 2845

Schlussabstimmung..... 2846

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Viertes Gesetz zur Änderung des Bayerischen
Verwaltungsverfahrensgesetzes (Drs. 16/2129)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung (Drs. 16/2827)

Beschluss..... 2846

Schlussabstimmung..... 2846

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Dolmetschergesetzes und
des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsver-
fassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen
des Bundes (Drs. 16/2438)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung (Drs. 16/2917)

Beschluss..... 2846

Schlussabstimmung..... 2846

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die Ein-
richtung eines nationalen Mechanismus aller
Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls
vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen
der Vereinten Nationen gegen Folter und andere
grausame, unmenschliche oder erniedrigende
Behandlung oder Strafe (Drs. 16/2003)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung (Drs. 16/2916)

Beschluss..... 2847

Abstimmung
über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge,
die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung
nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Beschluss..... 2847

Schluss der Sitzung..... 2847

(Beginn: 14.06 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung eröffnen kann. Zur Eröffnung der Sitzung wäre es hervorragend, wenn Ruhe im Hohen Haus einkehren würde.

Ich eröffne die 36. Vollsitzung des Bayerischen Landtags in dieser Legislaturperiode. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer erteilt. Außerdem darf ich bekannt geben, dass Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks die Regierungserklärung und die anschließende Aussprache live übertragen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Wahl des Zweiten Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags

Der bisherige Zweite Vizepräsident, Herr Kollege Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, hat mit Schreiben vom 13. November 2009 Folgendes erklärt: "Hiermit lege ich mein Amt als Zweiter Vizepräsident des Bayerischen Landtags mit Ablauf des 15. Dezembers 2009 nieder." Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Rücktritt als Vizepräsident ist gegenüber dem Landtag zu erklären, bedarf jedoch nicht der Zustimmung des Landtags.

Bevor wir die Neuwahl beginnen, möchte ich Ihnen, Prof. Dr. Gantzer, im Namen des Hohen Hauses und persönlich für die geleistete Arbeit herzlich danken. Ebenfalls bedanke ich mich für das harmonische und faire Miteinander im Präsidium in den vergangenen sechs Jahren. Dabei schließe ich die letzte Legislaturperiode ein. Herzlichen Dank für Ihre Fairness und Ihre Menschlichkeit.

(Lang anhaltender lebhafter allgemeiner Beifall)

Herr Kollege Prof. Dr. Gantzer, ich darf hinzufügen, dass Sie nach 31 Jahren Landtagszugehörigkeit nicht nur ein erstklassiger Kenner der Geschäftsordnung sind, sondern es auch verstanden haben, die Sitzung mit der nötigen Mischung aus Strenge und Humor zu leiten. In Ihrem Buch "Parlaments-Leitungen" haben Sie - ich zitiere - "leitungserhebliche Vorgänge" und "leitungsauffällige Personen" für die parlamentarische Nachwelt festgehalten.

Da Ihr voraussichtlicher Nachfolger im Amt des Vizepräsidenten, Herr Kollege Maget, ein Freund von Buchempfehlungen ist, darf ich ihm, das heißt Ihnen, lieber

Herr Maget, das Buch sehr ans Herz legen. Man kann daraus sehr viel lernen. Herr Prof. Gantzer schreibt darin zum Beispiel: "Zur Einhaltung der Redezeit erschrecke ich den jeweiligen Redner gerne." Damit habe jetzt auch ich eine Empfehlung für ein Buch gegeben.

Nochmals herzlichen Dank, Herr Kollege Prof. Gantzer. Ich wünsche weiterhin gute Zusammenarbeit hier im Hohen Hause. Alles Gute auch für Ihre künftigen parlamentarischen Aufgaben.

Sie haben ganz bewusst gesagt, Sie kehren in die Fraktion zurück. Ihre Zwischenrufe sind auch aus den vergangenen Legislaturperioden bekannt. Ich weiß das auch persönlich einzuordnen. Nochmals danke!

(Allgemeiner Beifall)

Vorschlagsberechtigt für die Benennung eines Nachfolgers für das Amt des Zweiten Vizepräsidenten ist die SPD-Fraktion. Das Wort dazu hat deshalb der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion schlägt für dieses Amt den Kollegen Franz Maget vor.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Der Fraktionsvorsitzende hat den Kollegen Franz Maget vorgeschlagen. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Wahl. Sie ist in geheimer Form durchzuführen. Hierfür verwenden Sie den an Ihrem Platz befindlichen roten Stimmzettel und die in Ihrer Stimmkartentasche enthaltene gelbe Namenskarte.

Nach § 42 Absatz 3 der Geschäftsordnung erfolgt die Wahl "durch Kennzeichnung ... des Stimmzettels mit dem Namen ... eines Kandidaten oder mit einem der Worte ‚Ja‘, ‚Nein‘, ‚Enthaltung“".

In § 43 Absatz 2 der Geschäftsordnung ist geregelt, dass Enthaltungen gültige Stimmen sind und unverändert abgegebene Stimmzettel als Enthaltungen gelten.

Urnen für die Namenskarten und Stimmzettel befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals. Ich bitte, jetzt mit der Stimmabgabe zu beginnen. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Geheime Wahl von 14.14 bis 14.19 Uhr)

Ich schließe den Wahlgang. Das Wahlergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Herr Ministerpräsident hat gebeten, zu Beginn der heutigen Plenarsitzung eine Regierungserklärung gemäß § 177 Absatz 1 der Geschäftsordnung abgeben zu können:

**Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
"Stabilisierungskonzept für die Hypo Group Alpe
Adria (HGAA)"**

Herr Ministerpräsident, hierzu darf ich Ihnen das Wort erteilen.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe heute zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres zum gleichen Thema vor diesem Hohen Hause. Es geht um die Zustände und Umstände bei der Bayerischen Landesbank.

(Zuruf von der SPD: Zustände!)

Es besteht zu keinerlei Schönrederei Anlass. Diese Dinge sind ein Debakel; diese Dinge sind sehr schwierig. Aufgabe einer Regierung ist es, diese Schwierigkeiten nach bestem Wissen und Gewissen zu lösen. Eine amtierende Regierung steht immer in dem Verdacht, dass sie mit Dingen, die ihre Ursache in Vorgängerregierungen haben, besonders kritisch umgeht. Deshalb liegt mir sehr daran, noch einmal an einen Brief zu erinnern, den mir der frühere Finanzminister Kurt Falthäuser im Dezember letzten Jahres geschrieben hat und in dem ausdrücklich davon die Rede ist, dass der neue Ministerpräsident bei dieser Bank vor einem Scherbenhaufen steht und dass der neue Ministerpräsident die desaströsen Zustände in diesem Institut aufzuarbeiten hat. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass es um eine objektive Beschreibung der Lage geht, nicht um die Frage, wer Verantwortung hatte oder hat.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Warum nicht?)

Die Lage ist deshalb noch zusätzlich betrüblich, weil die Landesbank in München seit einigen Monaten eine sehr vernünftige Arbeit und eine sehr konzentrierte Restrukturierungsarbeit betreibt und auch in vielen Geschäftsfeldern wieder zunehmend Fuß gefasst hat, was sich darin ausdrückt, dass in den ersten drei Quartalen schwarze Zahlen von über 600 Millionen Euro geschrieben wurden, dieser Weg aber immer wieder durch Umstände konterkariert wird, die ihre Ursache in der Vergangenheit haben. Es ist auch nicht so, dass die Entwicklung, die wir seit einigen Monaten gemeinsam erleben, zwangsläufig wäre. Nicht alles ist der Finanzmarktkrise geschuldet. Wir kennen viele Regionalbanken und Genossenschaftsbanken, die den Spekulationskapitalismus nicht mitgemacht haben und keine Schwierigkeiten haben. Dies ist meine erste Bemerkung.

Meine zweite Bemerkung. Wir haben vor Jahresfrist zur Stabilisierung der Bayerischen Landesbank 10 Milliarden Euro in den bayerischen Haushalt eingestellt, 10 Milliarden Euro Steuergelder. Wir haben - das wird in der aktuellen Diskussion gern übersehen - als Freistaat Bayern für problematische Finanzanlagen Garantien, die auch finanzwirksam werden können, mit einer Gesamtsumme von 6 Milliarden Euro übernommen, die ersten 1,2 Milliarden Euro in Verantwortung der Landesbank, weitere 4,8 Milliarden Euro in Verantwortung des Freistaates Bayern.

Meine Damen und Herren, wir haben aufgrund des aktuellen Vorgangs jetzt etwa 3,7 Milliarden Euro an Kaufpreis, Eigenkapitalausstattung und Abschreibung einer Forderung verloren. Das sind gigantische Beträge. Ich habe durchaus Verständnis für manche Diskussion in der Bevölkerung, die mir tagtäglich begegnet. Da und dort geht es um weitaus kleinere Beträge für weitaus sinnvollere Dinge. Natürlich wird der Zusammenhang hergestellt: Dafür habt ihr die Milliarden, aber bei notwendigen Dingen des Alltags argumentiert ihr: zu wenig Geld.

Meine Damen und Herren, weil es für die Bevölkerung um unglaubliche Größenordnungen geht, gibt es die Pflicht des Parlaments und auch der Regierung, die Dinge aufzuklären, darauf zu schauen: Wie konnte das alles geschehen; welche Verantwortlichkeiten gibt es; wie können wir - auch das ist mir wichtig - dafür sorgen, dass sich solche Dinge nicht mehr wiederholen? Deshalb kann ich für die gesamte Bayerische Staatsregierung sagen: Wir sehen uns in einer Aufklärungs- und Informationspflicht. Gegenüber der Bevölkerung besteht eine Rechenschaftspflicht, weil es um Steuergelder der bayerischen Bevölkerung geht. Ich kann für die Bayerische Staatsregierung und für mich persönlich sagen, dass wir die Aufklärung, die ja vor allem auch im Landtag im noch zu bildenden Untersuchungsausschuss, aber auch in der parlamentarischen Kontrollkommission stattfindet, ohne Rücksicht auf Strukturen und Personen mit aller Kraft unterstützen werden. Das sind wir der bayerischen Bevölkerung schuldig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich weiß, wie es Politikern ergeht, die mithelfen, aufzuklären. Gelegentlich ist man verwundert, dass man selbst Gegenstand der Aufklärung wird, weil man für die einen nicht weit genug aufklärt und für die anderen viel zu weit. Deshalb werden wir unseren Weg unbeirrt und gerade mit der klaren Zielsetzung gehen, die ich gerade beschrieben habe. Ich bitte, bei dieser Aufklärung und Information, die ja vor allem in der Hand des Parlaments liegt und die wir unterstützen, immer sauber zwischen einer politischen

Verantwortung und einer juristischen Verantwortung zu unterscheiden.

Juristische Verantwortlichkeit heißt, dass man korrekt, sauber, rechtsstaatlich vorgeht, dass es bei juristischen Verantwortlichkeiten auch um zivilrechtliche Verantwortlichkeiten geht und dass es keine Vorverurteilungen geben darf, dass man die Sachverhalte sauber aufzuklären hat und erst im Lichte der Aufklärung Schlussfolgerungen und Bewertungen vornehmen kann. Ich bin dankbar, dass die parlamentarische Kontrollkommission bereits im Juli dieses Jahres den Auftrag erteilt hat, die Verantwortlichkeiten und Haftungsfragen im Zusammenhang mit den hohen Verlusten der BayernLB klären zu lassen. Das ist nicht, wie fälschlich gemeldet, eine aktuelle Aktion des Bayerischen Ministerpräsidenten, sondern diesen Auftrag haben die parlamentarische Kontrollkommission und deren Vorsitzender bereits am 15. Juli dieses Jahres unterschrieben. Der bayerische Finanzminister hat in Rücksprache mit mir für die Bayerische Staatsregierung ebenfalls eine Kanzlei mit der gleichen Zielsetzung beauftragt. Ich bitte und rate allen, die juristische Verantwortlichkeit im Lichte der tatsächlichen Aufklärungsarbeit und auch im Lichte der beiden Gutachten, die erstellt werden, festzustellen und nicht leichtfertig zu Vorverurteilungen zu kommen.

Davon muss die politische Verantwortung sauber getrennt werden. Politische Verantwortung setzt nicht persönliches Verschulden voraus. Politische Verantwortung gibt es in der freien Wirtschaft, in Organisationen und in der Politik auch für wirtschaftlichen Misserfolg und für strategische Fehleinschätzungen. Deshalb bin ich der Auffassung, dass es auch eine demokratische Pflicht von in der Verantwortung stehenden Politikern gibt, auch politische Verantwortung wahrzunehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich habe deshalb positiv zu registrieren, dass vor einem Jahr Minister Erwin Huber wegen der damaligen Diskussion auch politische Verantwortung übernommen hat und nicht in die neue bayerische Regierung eingetreten ist.

(Zurufe von der SPD: Ach Gott!)

Ich habe zu registrieren, dass der ehemalige bayerische Finanzminister - -

(Zurufe von der SPD)

- Meine Damen und Herren von der linken Seite, Sie können nicht von Honorigkeit reden und sie begrüßen, sie aber dann, wenn sie stattfindet, mit Zwischenrufen und Gelächter quittieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Das geht nicht. Ich verweise auf die Entschuldigung von Professor Faltlhauser. Es gehört noch immer zu unserem kulturellen Standard, dass man eine Entschuldigung auch akzeptiert.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin auch sehr froh, dass der Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Landesbank, Dr. Kemmer, gestern von sich aus seinen Vorstandsvorsitz zur Verfügung gestellt hat.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das Gleiche gilt für den Ministerialdirektor im bayerischen Finanzministerium, der eigentlich geborenes Mitglied im Verwaltungsrat ist: Er hat gestern im Laufe des Tages dem bayerischen Finanzminister einen Brief zugestellt, um seinen Sitz im Verwaltungsrat zur Verfügung zu stellen. Wir haben deshalb gestern Nachmittag mit der kommissarischen Leitung der Bank das Vorstandsmitglied Ermisch betraut, und für Herrn Dr. Weigert wird der zweite Ministerialdirektor des Bayerischen Finanzministeriums, Herr Dr. Bauer, Mitglied des Verwaltungsrats werden.

Eine dritte Bemerkung, betreffend die Verhandlungen vom Wochenende über die Hypo Group Alpe-Adria - HGAA -: Wir hatten als bayerische Regierung ein ganz zentrales Ziel; das haben wir vor Wochen definiert. Meine Regierung hat den Einstieg bei dieser Bank immer für falsch gehalten. Deshalb war es unser erstes Ziel, alles zu tun,

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

um aus diesem Engagement herauszukommen. Das ist gelungen: Die österreichische Republik übernimmt diese Bank zu 100 %.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Deshalb ist unser Ziel erreicht worden. Wir haben die Risikopositionen bei der Bayerischen Landesbank durch diesen Vorgang kräftig reduziert und unser erstes Ziel erfüllt, ein Engagement, das wir nicht für gut und richtig halten, zu beenden. Das war ein großes Ziel der Bayerischen Staatsregierung. Das ist endgültig und abschließend.

Wir haben dieses Ziel mit einem zweiten Ziel verbunden, nämlich für diese Aktion kein frisches Geld, kein zusätzliches Geld einzusetzen. Auch das ist gelungen. Wir wandeln einen kleineren Teil von Forderungen um, die wir gegenüber dieser Bank haben; den müssen wir

bei der Bayerischen Landesbank abschreiben, und, was für mich sehr wichtig ist - auch das ist für die Öffentlichkeit bedeutsam -: Wir können diese Abschreibungen auf Kaufpreis, Kapitalerhöhung und Forderungen von 3,7 Milliarden Euro, die das Jahresergebnis belasten, bei der Bayerischen Landesbank durchführen und erhalten trotzdem bei der Bayerischen Landesbank eine Kerneigenkapitalquote, die noch nicht konkret ausgerechnet ist, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit um 9 % beträgt. Deshalb ist der Ausstieg aus dieser Bank eine verantwortliche Operation, die nicht dazu führt, dass wir als Freistaat Bayern zuschießen müssen, damit die Kerneigenkapitalquote erreicht wird.

Ich danke dem bayerischen Finanzminister, dass er bei den Verhandlungen diese drei zentralen Ziele für Bayern erreicht hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD: Ah!)

Dass dies mit dem Erwerb der HGAA eine nicht ganz einfache Operation war, zeigt die Tatsache, dass der Verwaltungsrat erstmals am 04.12.2007 ein Kreditlimit von der Bayerischen Landesbank zur HGAA von damals 355 Millionen Euro auf zunächst 3,8 Milliarden Euro erhöht hat, und dieses Kreditlimit ist dann in weiteren Verwaltungsratssitzungen im Jahre 2008 - zuletzt am 25.04.2008 - von 3,8 Milliarden Euro auf 10,7 Milliarden Euro erhöht worden; und zwar kurz nach dem Erwerb der Bank. Das zeigt, wie schwierig es um die Kapitalmarktfähigkeit dieser Bank bestellt war. Deshalb waren die Strategien dieser Regierung zum Ausstieg aus dieser Bank völlig richtig.

Vierte Bemerkung: Ich bin heute noch mehr als in der Vergangenheit der Auffassung, dass der Staat alles andere ist, aber kein guter Unternehmer und kein guter Banker.

(Beifall bei der FDP)

Das zeigen all die Vorgänge, die uns seit einigen Monaten berühren. Deshalb war die Koalition gut beraten, zu Beginn unserer Regierungszeit vor über einem Jahr in unserem Koalitionsvertrag niederzuschreiben, dass wir diese Bank privatisieren wollen. Nun wissen wir auch, dass dazu Voraussetzungen gehören,

(Zurufe von der SPD)

nämlich die Bank zu restrukturieren. Das erfolgt mit größter Kraftanstrengung, denn das hat auch mit personellen Veränderungen zu tun. Das hat aber auch etwas mit Restrukturierung in der Weise zu tun, dass wir uns wieder mehr auf das Kerngeschäft in Bayern und in Deutschland konzentrieren wollen. Auf dem Weg zur Privatisierung kann es durchaus auch Zwischen-

schritte geben, nämlich regionale oder auch sektorale Fusionen. Für alles müssen wir offen sein. Diese Gespräche werden schon seit Monaten geführt. Aber ohne eine bessere Gesamtlage auf dem Finanzmarkt und ohne Restrukturierung der Bayerischen Landesbank werden wir die politischen Ziele diesbezüglich nicht erreichen. Aber ich möchte keinen Zweifel daran lassen: Es ist das Ziel dieser Regierung, die Trägerschaft an der Bank im Laufe der nächsten Jahre abzugeben, weil ich nicht einsehen mag, wieso der Freistaat Bayern Träger einer Geschäftsbank sein soll;

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

einer Förderbank ja, zur Förderung des Mittelstandes, der Strukturpolitik und der Regionalpolitik, aber nicht einer Geschäftsbank.

Fünfte und letzte Bemerkung: Welche Auswirkungen hat das Ganze auf den Haushalt und unsere Gesamtpolitik? Dieser Vorgang der Abschreibung ist ein Vorgang innerhalb der Bayerischen Landesbank. Wir haben im Kabinett auch den Staatshaushalt für das Jahr 2010 verabschiedet. Dieser Nachtragshaushalt ist mit den Vorgängen der Landesbank - mit der Zinszahlung für die Kapitalerhöhung einerseits und der Abführung der Landesbank an den Staatshaushalt andererseits - mit netto etwa 60 Millionen Euro belastet. Sie wissen, dass wir den Haushalt ohne Neuverschuldung ausgleichen können.

(Zuruf von der SPD: Luftbuchungen!)

Ich möchte aber keinen Zweifel daran lassen, dass sich vor allem im Hinblick auf die Garantien, von denen ich eingangs sprach, diese Situation ab dem Jahre 2011 verändert. Deshalb haben wir heute im Kabinett darüber gesprochen. Ich möchte - und das möchte ich auch der Bevölkerung, der Öffentlichkeit deutlich sagen -, dass wir unsere großen politischen Zukunftsziele, nämlich die Investitionen in die Bildung, die Investitionen in die Familien, die Investitionen in die Sicherheit unseres Landes und auch die Investitionen in die Infrastruktur in Bayern auch nach dem Jahre 2010 wegen der Belastungen, die wir aufgrund der Bayerischen Landesbank haben, nicht schmälern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Wo wollen Sie kürzen?)

Man muss sich solchen Situationen stellen, die in der Politik auf einen zukommen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich sage ganz offen, dass man sich solche Situationen nicht wünscht. Aber Situationen, die in der Politik auf

einen zukommen, muss man sich stellen. Und, meine Damen und Herren, diese Regierung stellt sich. Wir werden zu einer offenen, transparenten Aufklärung beitragen. Wir werden an dem ganz klaren Ziel der Restrukturierung und Konsolidierung dieser Bank weiterarbeiten. Wir werden die Bayerische Landesbank auf ihr Kerngeschäft reduzieren, und wir werden so schnell wie möglich und so bald es die Marktlage erlaubt die Trägerschaft an der Bayerischen Landesbank beenden.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Alles verspielt!)

Das ist die klare Zielsetzung dieser Regierung. Dazu stehen wir, und das werden wir auch realisieren, meine Damen und Herren. Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Mager!)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich eröffne die Aussprache. Im Einvernehmen mit den Fraktionen wurde hierzu eine Redezeit von 15 Minuten vereinbart. - Ich weiß, es wird jetzt schon wieder auf die Uhr geblickt. Wenn die Fraktionen wünschen, die zusätzlichen drei Minuten, die der Herr Ministerpräsident gesprochen hat, ebenfalls zu beanspruchen, soll es daran selbstverständlich nicht scheitern. Aber vielleicht können wir die 15 Minuten mit Blick auf die Tagesordnungspunkte, die wir noch vor uns haben, einhalten.

Ich eröffne, wie gesagt, die Aussprache. Als Erstem darf ich für die SPD Herrn Kollegen Rinderspacher das Wort erteilen. Bitte sehr, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat Bayern befindet sich wohl in der schwersten politischen Krise seiner Geschichte.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Die Menschen in Bayern sind bestürzt und fassungslos angesichts eines Milliardenesasters, über dessen Konsequenzen wir heute zu beraten haben. Es geht heute um die Geschichte der HGAA, die Geschichte von Nieten in Nadelstreifen, von politischen Totalversagern. Es geht um die Geschichte von Taugenichtsen, Großmäulern und politischen Nullen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht um die Geschichte von zur Verantwortung unfähigen Politikern.

(Zurufe von der CSU)

Wir reden heute über einen Skandal, der als Schandfleck in die Historie unseres Landes eingehen wird. Und

es wird Jahre dauern, bis der Freistaat sich davon erholen wird. Das hat der Ministerpräsident mit seiner Regierungserklärung heute zum Besten gegeben, einer Regierungserklärung, die nichts anderes war als eine politische Bankrotterklärung.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Freistaat Bayern hat unter den Augen und in der Verantwortung führender CSU-Politiker 3,75 Milliarden Euro Steuergelder verpulvert, verbrannt bzw. aus dem Fenster geschmissen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Versager tragen ein Logo mit drei Buchstaben; diese drei Buchstaben lauten: C, S, U.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren, ist ein Markenzeichen für finanzpolitischen Dilettantismus.

(Zurufe von der CSU)

Die Großmannsucht hat auch Namen: Stoiber, Falthäuser, Huber, Beckstein, Schmid und Schaidinger.

(Zuruf von der CSU: Und SPD!)

Sie alle haben zugesehen, mitgewirkt und mitverantwortet, mitgeholfen, mitgesprochen und mitgeredet, dass der Freistaat Bayern Steuergelder in unvorstellbarer Höhe vergeudet, verplempert, verschleudert und verjuxt hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Anhaltende Zurufe von der CSU)

Der großkotzige Wunsch nach grenzenloser Expansion hat seinen Preis. 3,75 Milliarden Euro sind das erschreckende Ergebnis eines zweieinhalbjährigen Abenteurers am Balkan. Umgerechnet bedeutet dies: Bayern hat über zweieinhalb Jahre lang jeden Tag vier Millionen Euro nach Kärnten überwiesen, jeden Tag, 930 Tage am Stück.

Der reiche Onkel Fahrenschoen stand selbst dann noch zu Diensten, als längst klar war: Das Geld kommt den Abgrund nicht mehr hoch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Klar ist jetzt am Wochenende geworden: Bayern hat sich von Österreich zweieinhalb Jahre nach Strich und Faden über den Tisch ziehen lassen. Es beginnt mit einem überhöhten Kaufpreis, es geht weiter mit Milliarden-spritzen, und es endet mit einem Milliardenpoker

auf dem Pulverfass unter höchstem Zeitdruck, bei dem die Republik Österreich am Ende fast alle ihre Forderungen gegenüber einem schwachen Finanzminister Georg Fahrenschon durchgesetzt hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Und die Bank verschenkt weiter. Es werden noch einmal 825 Millionen Euro draufgesattelt. In Ihren Worten heißt das, es sei kein frisches Geld. Erklären Sie einmal den Bürgerinnen und Bürgern, was der Unterschied zwischen altem und frischem Geld ist. Die bayerischen Liquiditätshilfen und Kredite, die Sie, Herr Fahrenschon, noch aus der Verhandlungsmasse haben herauseisen wollen, sind dringeblichen. Wer will denn da noch von einer erfolgreichen Verhandlungsführung in Wien sprechen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Wahrheit ist doch Folgendes: Herr Fahrenschon, Sie waren ein unbeholfener Verhandlungsführer ohne jede Widerstandskraft. Die Wahrheit ist: Sie haben sich von den Österreichern quasi am Nasenring durch die Manege führen lassen. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Anhaltende Zurufe von der CSU)

Sie waren ein Getriebener. Sie waren nicht Herr des Handelns.

Wir werden zu überprüfen haben, Herr Minister, ob Sie den Bayerischen Landtag in der vergangenen Woche belogen haben.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Wenn die Medienberichte stimmen, dass Sie höchstpersönlich Druck auf die Sonderprüferin Corinna Linner ausgeübt haben - die Süddeutsche Zeitung hat das gestern so berichtet -, dann sind Sie als Finanzminister des Freistaates Bayern nicht mehr tragbar und müssen zurücktreten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden auch über die Gesamtverantwortung des Ministerpräsidenten sprechen müssen, der einen Eid abgelegt hat, Schaden von unserem Lande abzuwenden.

Zu welchem Zeitpunkt waren Sie in den Vorgang HGAA involviert, Herr Ministerpräsident? Sie sagen jetzt, bereits vor einem Jahr bei Ihrem Amtsantritt seien Sie festen Willens gewesen, die Bank zu verkaufen. Welche Informationen wurden Ihnen wann von Ihrem Finanzminister vorgelegt? Wie kann es sein, dass dieses

so wichtige Thema offensichtlich über Wochen und Monate nicht zur Entscheidungsreife gelangte, ja über ein Jahr lang nichts passiert ist und diese Bank jetzt auf den letzten Drücker verschenkt werden muss?

Da diskutieren wir hier im Landtag jeden einzelnen Kugelschreiber für die bayerischen Schulen.

(Zuruf von der CSU: Oh, oh!)

Jede Schirmmütze für bayerische Polizisten wird noch einmal umgedreht, und zwar Ausschusssitzung für Ausschusssitzung. Und dann entscheidet der Finanzminister unter dem denkbar größten Zeitdruck im melancholischen Dunstnebel von Wien quasi handstreichartig über Milliardenbeträge.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Katastrophe von Kärnten stellt ein unvorstellbares Ausmaß politischen Versagens dar, eine neue Dimension politischer und wirtschaftlicher Unfähigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und jetzt erklären Sie einmal den Menschen im Lande diesen Betrag von 3,75 Milliarden Euro. Das sprengt jegliches Vorstellungsvermögen. Mit 3,75 Milliarden Euro in 500-Euroscheinen könnten Sie einen Turm in Höhe von 750 Euro aufbauen.

(Zurufe: Meter!)

- 750 Meter! Das ist fast achtmal so hoch wie die Türme der Münchner Frauenkirche. Ein Arbeitnehmer müsste 93.750 Jahre für diesen Betrag arbeiten.

(Zuruf von der CSU: Oh, oh!)

3,75 Milliarden Euro, mit diesem Geld könnte man zehn Jahre lang jedem Schüler in Bayern ein warmes Mittagessen finanzieren, über die gesamte Schulzeit hinweg, eine gesamte Dekade lang.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir hätten es nicht für möglich gehalten, dass die politisch Verantwortlichen jetzt so tun, als seien sie überhaupt nicht dabei gewesen. Über diese politische Verantwortung müssen wir hier im Hohen Hause reden. Herr Seehofer hat bereits am Freitag angekündigt, die politisch Verantwortlichen der Vergangenheit müssten Konsequenzen ziehen. Er würde sich über das Wochenende Gedanken machen. Herr Ministerpräsident, ich rufe Ihnen zu: Ihr Wochenende ist vorüber! Wir haben bereits Dienstag! Wo sind die Konsequenzen? Raus aus dem Speicher, rein in die Verantwortung!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In Wahrheit drücken Sie sich vor der notwendigen Entscheidung, Ihre Parteifreunde zur Rechenschaft zu ziehen. Führungsstärke in der Krise sieht nun wirklich anders aus.

Sie sagen gegenüber dem "Focus", Sie machten sich Sorgen um die CSU; die Finanz- und Wirtschaftskompetenz Ihrer Partei stehe infrage.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die haben doch gar keine!)

Das ist ja alles richtig, aber es ist doch bezeichnend, dass es Ihr erster Reflex ist, an Ihre Partei zu denken und nicht an Ihr Land.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht hier um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger, Herr Ministerpräsident!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zurufe von der SPD: Bravo!)

Es hätte uns natürlich interessiert, was Sie unter politischen Konsequenzen für die Verantwortlichen verstehen. Die bayerische Öffentlichkeit wurde von Ihnen für eine kurze Zeit in den Glauben versetzt, die damaligen Minister müssten womöglich mit ihrem Vermögen einstehen. Die renommierte Münchner Anwaltskanzlei Hengeler Mueller wurde beauftragt, die Haftung von ehemaligen BayernLB-Vorständen und Verwaltungsratsmitgliedern zu prüfen.

Was haben die Recherchen denn nun ergeben? Welcher Auffassung sind Sie denn nun? Müssen Herr Huber, Herr Beckstein, Herr Schmid, Herr Schaidinger, Herr Fallthäuser und andere am Ende womöglich mit ihrem Privatvermögen haften? Das wäre neu. Das würde das System völlig umstellen, und zwar nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft.

Herr Kollege Beckstein nannte es eine Unverschämtheit, meine Damen und Herren, dass die Oppositionsfraktionen von SPD und Freien Wählern auch strafrechtliche Konsequenzen überprüfen wollten. Das sagte Herr Beckstein in einem Interview.

(Harald Güller (SPD): Wo ist er denn heute?)

- Er ist heute nicht da. Aber klar ist doch, die Unverschämtheit sitzt bei Weitem nicht nur in den Reihen der Opposition. Die Unverschämtheit sitzt offensichtlich auf der Regierungsbank in Person seines Nachfolgers Horst Seehofer, der offensichtlich ebenfalls strafrechtliche Konsequenzen einfordert.

Leider erweckt Herr Seehofer nur den Anschein, er wolle auch in den eigenen Reihen aufklären. Bis jetzt steckt nichts, aber wirklich überhaupt nichts dahinter. Da bleibt sich der Ministerpräsident konsequent treu: wieder einmal nur Ankündigungen, Ankündigungen, die auch von der eigenen Verantwortung ablenken sollen.

Sie hatten doch nun ein Jahr lang Zeit, Herr Ministerpräsident, sich mit dem Problem Landesbank eingehend zu beschäftigen. Sie hatten ein Jahr lang Zeit, zwölf lange Monate, die Landesbank transparent neu aufzustellen, eine neue Mannschaft zusammenzustellen, ein neues Konzept zu entwerfen. Sie hatten ein Jahr lang Zeit, die notwendigen Rückschlüsse zu ziehen und gegebenenfalls auch unbequeme Entscheidungen in den eigenen Reihen herbeizuführen. Nichts davon ist eingetreten, überhaupt nichts, genau das Gegenteil. Sie haben ihren Finanzminister für die Staatsregierung mauern lassen. Das ist ein Fakt.

Klar, der Kauf der HGAA fällt in die Amtszeit des CSU-Ehrevorsitzenden Edmund Stoiber. Aber was haben Sie denn daraus gelernt? Dem Anliegen der Opposition, ebenso Verantwortung für die Bayerische Landesbank zu übernehmen, zum Beispiel indem Oppositionsvertreter in den Verwaltungsrat geschickt werden, haben Sie eine klare Absage erteilt. Sie wollten, dass die Landesbank fest in CSU-Hand bleibt. Sie haben die alten Seilschaften eben nicht beseitigt, Herr Seehofer.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sie fortgesetzt. Deshalb muss man feststellen: Die Landesbank ist nicht nur ein Problem für Ihre Vorgänger, sie ist auch ein Problem für Sie ganz persönlich.

Im Übrigen kein Wort des Bedauerns in Ihrer Regierungserklärung an die Lehrer, an die Schüler und deren Eltern, dass Sie bessere Bedingungen für eine bessere Bildung in Bayern verspekuliert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN - Christa Naaß (SPD): Genau!)

Kein Wort der Entschuldigung, dass Sie die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde mit einer schweren Hypothek belasten, nämlich dass kein Geld mehr da ist. Sie haben es verjubelt für unseriose Geschäfte mit Luxusyachten und teuren Autos am Balkan.

(Beifall bei der SPD)

Günther Beckstein erklärt zu seiner Verantwortung, er sei - man höre und staune - ja nur "nominal" Mitglied des Verwaltungsrats gewesen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was ist jetzt das?)

"Nominal", das soll wohl bedeuten: Verantwortung, nein danke; ich war irgendwie dabei, irgendwie aber auch wieder nicht; der warme Milchkaffee am Rande der Sitzung hat ganz gut geschmeckt und auch die leckeren Häppchen, die gereicht wurden; man schaut in die Luft, man sitzt dabei, lässt den lieben Gott einen guten Mann sein und denkt: Es wird schon alles gut.

(Thomas Kreuzer (CSU): Keine Polemik!)

Was ist denn das für eine erbärmliche Grundhaltung zu sagen: Ich war nur nominal dabei?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Darf ich an dieser Stelle daran erinnern, dass der gesamte Verwaltungsrat im Jahr 2007 knapp 400.000 Euro an Bezügen erhalten hat?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Oha!)

Die Gegenleistung wäre gewesen, der Sorgfaltspflicht gerecht zu werden. Das ist doch nicht zu viel verlangt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Georg Schmid, meine Damen und Herren, flüchtet sich in den Machterhalt. Er sei gegen Selbstzerfleischung; eine Einlassung, Herr Schmid, die Sie wohl auch gegen Kritik aus den eigenen Reihen immun machen soll.

(Georg Schmid (CSU): Und Sie stellen vorher Strafanzeige!)

Sie haben die Chance verpasst, Herr Schmid, mit Anstand persönliche Konsequenzen zu ziehen, die die Menschen in Bayern vielleicht sogar noch mit Respekt zur Kenntnis genommen hätten.

Eine große Tageszeitung beschreibt Sie heute als "Dead Man Walking". Das kann man so eigentlich nicht stehen lassen, denn angesichts Ihrer Verletzung ist Walking im Moment nicht drin. Aber Dead Man, das stimmt ganz bestimmt, und als Dead Man kleben Sie an Ihrem Sessel.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Geschmacklos!)

Sie haben es verpasst, zurückzutreten.

Am Ende will es niemand gewesen sein, auch nicht Erwin Huber.

Schon immer war die Landesbank, meine Damen und Herren, ein Spielball der staatstragenden Partei. Wir erinnern uns an den Milliardenkredit von Franz Josef Strauß 1983 an die DDR oder an die Kirch-Kredite. Aber das Balkan-Abenteuer um die HGAA toppt all das bisher Dagewesene um Längen, ein beschämender Tiefpunkt unseres Landes.

Im österreichischen Finanzministerium wird kolportiert, die Bayern hätten die Hypo-Gruppe nie umfassend geprüft, um dem damaligen Landeshauptmann Jörg Haider einen Gefallen zu tun, der den Kauferlös nutzte, um Führerscheine der Jugendlichen seines Landes zu bezuschussen.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern wird viele Jahre benötigen, um sich von dieser Finanzkatastrophe zu erholen. In Bayern ist die Situation so dramatisch wie nirgendwo sonst in Deutschland. Nicht die Wirtschaftskrise hat die HGAA-Pleite verursacht, nein, es war eine Mischung aus Großmannsucht, wirtschaftlichem Dilettantismus, politischer Verantwortungslosigkeit und Provinzialismus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler und der GRÜNEN)

Das Vertrauen in die vermeintlich wirtschaftliche und politische Elite unseres Landes ist bis ins Mark erschüttert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Welche Elite?)

Bayern steht vor einem Scherbenhaufen. Heute ist gewiss: Die CSU hat die Menschen im Freistaat im Jahr 2008 nach allen Regeln der Kunst belogen, um an der Macht zu bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler und der GRÜNEN)

Das ist eine dreiste Wählertäuschung, wie sie unser Land bis dato noch nicht gesehen hat. Wäre den Wählern bewusst gewesen, welche Höllenschluchten sich hinter den Potemkinschen Dörfern der CSU auftun, meine Damen und Herren, Ihre Partei wäre nie und nimmer auf über 40 % gekommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler - Zuruf des Abgeordneten Dr. Manfred Weiß (CSU))

Sie, Herr Ministerpräsident, sind offenbar nicht willens - das hat Ihre Regierungserklärung deutlich gezeigt - und nicht in der Lage, die Dinge zu ordnen. Sie selbst haben das Heft des Handelns zwar in der Hand, aber nicht im Griff. Wenn Sie nicht die Kraft aufbringen, die

notwendigen Entscheidungen politischer Hygiene und politischer Verantwortung herbeizuführen, dann, sage ich, geben Sie die Herrschaft des Landes bitte wieder zurück in die Hände des bayerischen Volkes.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler)

Ihre Rede hat heute eines deutlich gemacht: Die Wählerinnen und Wähler sollten über die Zukunft unserer Heimat neu entscheiden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler und der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich für eine Zwischenintervention Herrn Kollegen König das Wort erteile, aber nicht weiß, wie der Fortgang der Debatte ist, möchte ich mir an dieser Stelle erlauben, meine Sorge zum Ausdruck zu bringen.

(Unruhe bei der SPD)

- Lassen Sie mich bitte aussprechen. Ich äußere mich nicht zum Inhalt der Debatte. Ich äußere mich auch nicht zur Härte und zur Deutlichkeit der Debatte. Ich will nur dafür Sorge tragen und bitte alle weiteren Redner darum, das zu beachten, dass es hier auch um Menschen geht,

(Zurufe von der SPD: Genau!)

über die wir heute reden und über die wir heute urteilen.

(Zurufe von der SPD: Unverschämt!)

- Ich weiß nicht, meine Kolleginnen und Kollegen, warum Sie sich jetzt darüber so aufregen. Unverschämt ist das überhaupt nicht. Ich habe das Recht, hier meine Meinung zu äußern, was den weiteren Fortgang der Debatte anbelangt. Ich habe mich nicht zum Inhalt geäußert. Ich hätte auch zwischendurch das Mikrofon nehmen und sagen können: Bitte, Herr Kollege, vielleicht sind Sie in Ihrer Wortwahl etwas vorsichtiger in der Weiterführung der Debatte.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Herr Kollege König hat das Wort. Bitte schön, Herr Kollege König.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Alexander König (CSU): Herr Kollege Rinderspacher --

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege König hat das Wort.

(Anhaltende Unruhe)

Alexander König (CSU): Herr Kollege Rinderspacher --

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist eine Unverschämtheit! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich lasse Ihnen noch gerne Zeit für Ihre Aufregung. Wenn sie sich dann gelegt hat, hat Kollege König das Wort. Bitte schön, Herr Kollege König.

Alexander König (CSU): Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben die Behauptung in den Raum gestellt, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats Hunderttausende von Euros kassiert hätten.

(Zuruf von der SPD: Zocker!)

Wären Sie bereit einzugestehen, dass Sie insofern sachlich falsch liegen - auch wenn Ihnen das als Marginalie erscheinen mag -, als die Mitglieder der Staatsregierung, die Mitglieder des Verwaltungsrats waren, keinen Cent aus dieser Tätigkeit in die eigene Tasche erhalten haben?

(Unruhe)

Markus Rinderspacher (SPD): Das ist mir bekannt, Herr König. Das nehme ich zur Kenntnis.

(Thomas Kreuzer (CSU): Warum behaupten Sie es dann? - Georg Schmid (CSU): Jeder Cent wurde abgegeben!)

Fakt ist trotzdem, dass in dem Bericht der Bayerischen Landesbank 398.000 Euro an Bezügen für den Verwaltungsrat bekannt gegeben sind.

(Georg Schmid (CSU): Das ist eine Lüge!)

Dass die Mitglieder der Staatsregierung das weitergeben müssen, steht auf einem ganz anderen Papier. Klar ist: Diese Bezüge sind die Gegenleistung dafür, dass entsprechend Verantwortung übernommen wird. Das sind Bezüge, die deutlich machen: Hier geht es um Verantwortung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Unruhe)

Ich sage es noch einmal, Herr Kollege - ich glaube, Sie konnten mich nicht verstehen, weil es hier nicht gerade besonders leise ist -:

(Anhaltende Unruhe)

Es ist in Ordnung, dass die Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung ihre Bezüge weiterleiten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie wollen doch die Menschen täuschen! - Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es kommt aber auf das Faktum an, dass die Bayerische Landesbank 398.000 Euro an Bezügen an die Verwaltungsratsmitglieder im Jahr 2007 bezahlt hat.

(Georg Schmid (CSU): Sie haben doch etwas anderes unterstellt! Das ist eine Sauerei!)

Dem steht die Verantwortung gegenüber, sorgfältig im Verwaltungsrat zu arbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt Herrn Kollegen Winter das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege Winter.

Georg Winter (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus!

(Margarete Bause (GRÜNE): Was, sind Sie der neue Fraktionsvorsitzende? - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Barbara Stamm: Es wäre schön, wenn wir jetzt Herrn Kollegen Winter reden lassen würden. Bitte schön, Herr Kollege Winter.

Georg Winter (CSU): Frau Präsidentin, herzlichen Dank. Jenen, die mich nicht kennen, darf ich mich vorstellen.

(Lachen bei der SPD)

Ich bin der Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Unsere oberste Pflicht ist es, dass wir uns um die Finanzen des Freistaates Bayern kümmern.

(Zurufe von der SPD: Jawohl!)

Heute geht es ganz massiv um das Geld der Steuerzahler; ich denke, da sind wir uns einig. Deshalb habe ich ganz klar gesagt, dass ich mich bei dieser Kernfrage - wenn es um so viel Geld geht, wenn es darum geht, wie es mit unserem Haushalt weitergeht, ob wir Lehren aus dem ziehen, was hier passiert ist - zu Wort melde.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Auch wenn ich kein Bankexperte bin, Frau Bause, und auch nicht in Anspruch nehme, sonst irgendein Fachmann zu sein, sondern bekennender Hauptschüler bin, der acht Jahre die Volksschule besucht hat, erlaube ich mir, hier Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich bitte zum wesentlichen Satz meiner Rede kommen, den ich meinen Ausführung voranstellen will, um Missverständnissen vorzubeugen: Der Kauf der HGAA war aus heutiger Sicht falsch. Das ist unsere Auffassung; darin sind wir uns einig; daran gibt es nichts zu deuteln. Jetzt ist die Frage: Was hat man damals erkennen können, wie war das einzuschätzen, welche Prüfungen sind erfolgt, haben die Gutachten gestimmt? - Das gilt es aufzuklären. An dieser Stelle kann ich nur sagen, dass wir als CSU-Fraktion nachhaltig an dieser Aufklärung mitarbeiten, dass wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses begrüßen, dass wir dazu einen eigenen Fragenkatalog einbringen werden und - der Ministerpräsident hat es gesagt - dass auch die Staatsregierung alles tun wird, damit diese Aufklärung bestmöglich vorankommt. Daran haben auch wir ein großes und nachhaltiges Interesse.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei der Frage, was aus heutiger Sicht leicht als falsch erkennbar ist und wie man es damals gesehen hat, sind wir hin- und hergerissen.

(Franz Maget (SPD): Du darfst gar nicht reden nach unserer Geschäftsordnung, du bist nicht Fraktionsvorsitzender!)

- Gut, Kollege Maget, wenn Sie der Meinung sind, dass Sie sich dafür engagieren müssen, dass ich als Mitglied des Landtags nicht reden darf - -

(Zurufe von der SPD: Nicht nach der Geschäftsordnung!)

Erklären Sie das einmal den Bürgern, dass Abgeordnete nicht reden dürfen. Ich kann an der Stelle nur sagen

(Zurufe von der SPD)

- jetzt machen Sie sich bitte nicht lächerlich -, dass laut Protokoll vom Juli 2007 der Kauf der HGAA auch aus den Reihen der SPD begrüßt wurde. Das sollten Sie bitte zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie können es im Protokoll des Haushaltsausschusses vom 3. Juli 2007 nachlesen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hat da vorher Herr Falthhauser gesprochen?)

- Das war dann, als Herr Falthhauser gesprochen hat.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Danke, keine weiteren Fragen!)

- Danke schön. Meine Damen und Herren, wir wollen den unterschiedlichen Sichtweisen nachgehen. Da geht es zum einen um die Frage der politischen Verantwortung; dazu wird es einen Untersuchungsausschuss geben. Dann haben wir die Kommission dazu eingerichtet. Die Staatsanwälte verfolgen die strafrechtlichen Fragen. Schadenersatzfragen - Herr Rinderspacher, Sie haben das angesprochen, falls Sie das noch interessiert; es interessiert ihn jetzt aber nicht mehr, er redet jetzt mit seinen Kolleginnen - werden in einem Gutachten der Wirtschaftskanzlei Flick Gocke Schaumburg untersucht, das auf Anregung der Landesbankkommission erstellt wird. Darin sollen die Schadenersatzfragen untersucht werden. Das Gutachten der Kanzlei Hengeler Mueller wird im Auftrag des Finanzministers erstellt.

Herr Rinderspacher, weil Sie das bei Ihrer Nachfrage nicht akzeptiert haben, möchte ich sagen: Realität ist, dass sämtliche Entschädigungszahlungen an die Mitglieder der Staatsregierung an die Landesstiftung abgeführt wurden. Unabhängig davon, aus welchen Parteien sich die Staatsregierung zusammensetzt, ob sie nun aus CSU und FDP wie heute besteht oder, wie damals, nur von der CSU getragen ist, ist geregelt, dass alle Zahlungen an die Landesstiftung abgeführt werden und keiner hier durch die Tätigkeit im Verwaltungsrat je einen Cent bekommen hat.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört! - Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Kollege Rinderspacher hat ausgeführt, dass ein Jahr lang nichts geschehen sei. An dieser Stelle möchte ich Ihnen einige Daten nennen: 23. Oktober 2008 - das war gemeinsames Anliegen -, Einsetzung der Landesbankkommission; 1. Dezember 2008: Start des breit angelegten Umstrukturierungsprozesses bei der Bayerischen Landesbank, Projekt "Herkules"; 15. Dezember 2008, Neubesetzung des Finanzvorstandes und des Stellvertretenden Finanzvorsitzenden, Herrn Stefan Ermisch; Februar 2009, Frau Linner unterstützt im Auftrag des Verwaltungsratsvorsitzenden als Sonderbeauftragte die Umstrukturierung der Bank; seit Frühjahr 2009 sitzt Herr Irrgang im Verwaltungsrat der BayernLB und auch ein Vertreter des Gesamtpersonalrates; 1. April 2009, neues Management für die HGAA mit dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Pinkl 1. Mai 2009, Dr. Hanisch scheidet aus, Dr. Zoller, ein erfahrener Mann aus der

Bank, rückt in den Vorstand auf; Juli 2009, die LBKomm beschließt, das angesprochene Gutachten in Auftrag zu geben; 16. Juli 2009, Verabschiedung des neuen Landesbankgesetzes. Wie Sie wissen, haben wir uns da gemeinsam engagiert und erreicht, dass das Parlament - sprich der Haushaltsausschuss - künftig gefragt werden muss und darüber entscheidet, ob Verkäufe stattfinden können oder nicht, wenn es Veränderungen in den Vermögensverhältnissen der Bank gibt. Im Sommer 2009 gibt Finanzminister Fahrenschoen ein Haftungsgutachten bei der renommierten und erfahrenen Anwaltskanzlei Hengeler Mueller in Auftrag, das die Fragen der Verantwortlichkeit, der Sorgfaltspflicht und der Schadenersatzforderungen prüfen soll. 1. September 2009: Persönliche Verstärkung für das Mittelstandsgeschäft durch das neue Vorstandsmitglied Christian Dreesen. 27. Oktober 2009: Erweiterter Prüfungsauftrag des im Sommer in Auftrag gegebenen Haftungsgutachtens, um allen diesen Fragen nachgehen zu können.

Herr Kollege Rinderspacher hat gesagt, das Verhandlungsergebnis wäre unter Zeitdruck zustande gekommen. Das ist wahr. Der Zeitdruck war gegeben. "Die Österreicher hätten alle ihre Forderungen durchsetzen können." Wenn Sie dieser Tage das Österreichische Fernsehen verfolgt haben, konnten Sie feststellen, wie schwer sich der Finanzminister Dr. Pröll getan hat, dieses Ergebnis darzustellen. Er hat öffentlich erklärt, er wolle kein Geschenk, auch nicht die Bank.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass es drei grundsätzliche Varianten gab. Die erste Variante wäre die Insolvenz gewesen. Das hätte bedeutet, dass für uns knapp sieben Milliarden Euro verloren gewesen wären. Für alle Beteiligten - in Bayern, in Österreich und in den betroffenen Ländern - wäre dies die allerschlechteste Lösung gewesen. Die zweite Möglichkeit wäre eine Kapitalerhöhung gewesen. Dieses Ziel hat Österreich verfolgt. Bayern sollte entsprechend seinem Zwei-Drittel-Anteil von diesen 1,5 Milliarden Euro eine Milliarde frisches Geld nachschießen. Das war die österreichische Linie. Diese Linie konnte Österreich nicht durchsetzen, weil Finanzminister Fahrenschoen geschickterweise auf Zeitdruck gesetzt hat. Wenn am Montag die Banken und die Börsen öffnen, muss Österreich alles unter Dach und Fach haben, andernfalls würde der Bankenplatz Österreich massiv leiden. Das war die große Chance. Der Zeitdruck war auf unserer Seite.

An dieser Stelle möchte ich unserem Finanzminister herzlich dafür danken, dass er geschickt, hart, zäh und ausdauernd verhandelt hat. Das war das bestmögliche Ergebnis, das unter diesen Umständen erreicht werden konnte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn man etwas beurteilen will, muss man sich auf die andere Seite stellen. Deshalb stelle ich jetzt die Gegenfrage: Wenn diese Bank Österreich gehört und der Ministerpräsident erklärt hätte, dass ihm diese Bank aufgedrückt worden sei, möchte ich wissen, was in diesem Hause los gewesen wäre. Heute können wir sagen, dass wir diese Fehlentscheidung beendet haben. Wir sind aus dieser Sache herausgekommen.

(Hubert Aiwanger (FW): Sie brauchen bei uns nicht um Verständnis für die Österreicher zu werben!)

Wenn es bei der Nachschusspflicht geblieben wäre, hätten wir jetzt eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen müssen. In einem halben Jahr wäre wieder eine Milliarde Euro fällig gewesen und im nächsten Jahr erneut. Das wäre ein Schrecken ohne Ende gewesen. Dies konnte abgewendet werden. Deshalb ist dies ein gutes Ergebnis, auch wenn das die Opposition anders sehen mag.

Bei einer Fehlentscheidung wie dem Erwerb der HGAA und in der Bankenkrise gibt es überhaupt keine erfreulichen Nachrichten. Hier geht es um die Abwägung von zwei Möglichkeiten: entweder eine Insolvenz oder das Nachschießen weiterer Mittel. Aufgrund des Gutachtens ist bekannt, dass die Bank in den nächsten Jahren mehr als drei Milliarden Euro frisches Geld benötigt. Wir hätten diese Mittel aufbringen müssen.

Meine Damen und Herren, neben der Aufklärung, der Bereitschaft, mitzuarbeiten und neben der Transparenz und der Offenheit ist es wichtig, dass wir aus diesem Ereignis die richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Lernen! - Christa Naaß (SPD): Verantwortung!)

- Sie sind auch in diesem Parlament. Auch Sie hatten die Möglichkeit, zum Landesbankgesetz Anträge zu stellen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Aber es ist Ihre Schuld!)

- Nein. Wer spricht denn davon? Wir wollen lernen. Wir wollen analysieren. Wir wollen die Fehler grundsätzlich korrigieren. Wir als Parlamentarier sind gefordert, dafür zu sorgen, dass die Legislative gestärkt wird. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD - Dr. Thomas Beyer (SPD): Bei dieser Regierung ja!)

Als langjähriges Mitglied im Haushaltsausschuss war ich irritiert: Wir haben uns bei unseren allgemeinen Haushalten bemüht zu sparen. Wir wollten in den letzten Jahren keine neuen Schulden aufnehmen. Da wir

das Budgetrecht haben, konnten wir das auch durchsetzen. Wir haben das Haushaltsrecht mit dem Ziel erweitert, keine neuen Schulden zu machen. Der Systemfehler liegt darin, dass unsere Unternehmen - die Bank, die Messe oder der Flughafen - in ihren Entscheidungen frei sind. In der Landesbank konnte die Gewährträgerhaftung vom Vorstand und von den Entscheidungsgremien erhöht werden, ohne dass das Parlament gefragt werden musste. Das kann nicht richtig sein.

Wir haben das Budgetrecht und müssen den Haushalt ausgleichen. Deshalb darf die Bank die Gewährträgerhaftung nicht beliebig steigern und die Risiken erhöhen, die am Ende wir auffangen müssten. Das ist ein Fehler des Systems. Meine Auffassung ist deshalb, dass wir neben dem Erreichten - der Änderung im Landesbankgesetz - künftig bei Verkäufen und Veränderungen der Beteiligungen als Haushaltsausschuss und Landtag zustimmen müssen. Das ist jetzt erforderlich. Deshalb werden wir am Donnerstag eine Sitzung durchführen. Dort werden wir als Parlament deutlich machen, ob wir mit dem Verkauf einverstanden sind. Dort haben Sie die Möglichkeit zu argumentieren.

Dort muss die Frage geklärt werden, ob es tatsächlich aktuell keine weiteren Verpflichtungen aus diesem Abverkauf gibt und der Freistaat Bayern davon verschont bleibt. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, gemeinsam mit uns Gesetzesänderungen auf den Weg zu bringen, die diese rechtliche Lücke schließen.

Der Ministerpräsident hat bereits darauf hingewiesen: Die Frage lautet, ob es Sinn macht, ein Unternehmen durch rechtliche Schranken zu beherrschen, oder ob das Unternehmen frei sein muss. Die zweite Frage lautet, ob es überhaupt sinnvoll ist, dass sich der Staat als Unternehmer betätigt, oder ob es besser ist, dass sich der Staat aus solchen Geschäften überhaupt zurückzieht, insbesondere dann, wenn Geschäftsbanken diese Aufgaben übernehmen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich feststellen, dass es uns um eine sachliche und konsequente Aufklärung dieser Angelegenheit geht. Unsere Mitarbeit dazu haben wir bereits angekündigt. Wir wollen bei der Stärkung des Parlaments und der Einführung von mehr Mitsprachemöglichkeiten vorankommen. Ich hoffe, dass das Gutachten, das von der LBKomm in Auftrag gegeben wurde, rechtliche Hinweise darauf enthält, was zu tun ist. Dann könnten wir notfalls das Haushaltsrecht ergänzen. Das Urteil aus Sachsen hat einige Punkte aufgezeigt. Wenn das nicht der Fall sein sollte, werden wir unseren Weg konsequent fortsetzen. Eines ist klar: Es würde eine Aushöh-

lung des Budgetrechts des Parlaments bedeuten, wenn der Vorstand einer Bank Entscheidungen treffen könnte, die massive Auswirkungen auf den Staatshaushalt hätten, und wir diese Entscheidungen nur zur Kenntnis nehmen könnten. Damit könnten wir nicht einverstanden sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Winter, bleiben Sie bitte noch am Pult. Herr Kollege Hallitzky hat sich zu einer Zwischenintervention gemeldet.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Winter, würden Sie bitte zunächst einmal zur Kenntnis nehmen, dass der Kauf der HGAA nicht nur aus heutiger Sicht, sondern von Anfang an ein verheerender Fehler aufgrund sachfremder Interessen gewesen ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das erklärt auch, warum von Anfang an versucht wurde, die tatsächliche Lage der Hypo Group Alpe-Adria vor den Abgeordneten des Bayerischen Landtags, insbesondere im Haushaltsausschuss, zu verheimlichen. Es begann damit, dass wir vor dem Kauf der Hypo Group Alpe-Adria nicht informiert wurden, geschweige denn darüber abgestimmt hätten. Es ging weiter mit der Aussage des damaligen Finanzministers Prof. Dr. Faltlhauser über den desaströsen Prüfbericht der österreichischen Bankenaufsicht, unter anderem über die fehlende Risikobewertung, die uns dann ja auch auf die Füße gefallen ist. Ich zitiere Herrn Prof. Dr. Faltlhauser:

Falls die Abgeordneten in der Zeitung lesen sollten, dass die Österreichische Nationalbank irgendwelche Ermahnungen habe verlautbaren lassen, muss dies niemanden beunruhigen. In derartigen Aktionen zeigt sich die Wiener Revanche für den tollen Kauf der Hypo Alpe-Adria.

Würden Sie bitte als Nächstes zur Kenntnis nehmen, dass es vor diesem Hintergrund geradezu infam ist, der SPD vorzuwerfen, sie hätte dem Wahrheitsverdrehler Faltlhauser damals geglaubt? Vielleicht war es naiv, Herrn Faltlhauser zu glauben. Aber ausgerechnet aus den Reihen der CSU der SPD einen Vorwurf zu machen, dass sie aufgrund dieser Worte von Faltlhauser eine positive Einstellung zur HGAA hatte, und aufgrund dieser Aussage von Faltlhauser die Aussagen der SPD als Zustimmung zum Kauf zu werten, ist vollkommen absurd, Herr Kollege Winter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die GRÜNEN waren von Anfang an gegen diesen Kauf und haben das auch kundgetan. Herr Staatsminister Fahrenschon, die SPD ist von Ihrem Vorgänger hinter Licht geführt worden. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Winter, Sie haben das Wort.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ging darum, dass ich eingangs gesagt habe, das war aus heutiger Sicht falsch.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es ging auch darum, wie die Bewertungen damals waren. Aufgrund der Schärfe, die Herr Kollege Rinderspacher in die Debatte gebracht hat, habe ich darauf hingewiesen, dass

(Zuruf von den GRÜNEN)

- das ist meine Meinung, Sie können das anders sehen - es damals auch zustimmende Wortmeldungen aus den Reihen der SPD gab. Ich habe nicht gesagt: die SPD. Ich habe die Aussage an dieser Stelle einfach zur Einschätzung wiedergegeben. Aber hierzu gibt es neben den Protokollen und Pressemeldungen viele Möglichkeiten.

Herr Kollege Hallitzky, damit wir nicht aneinander vorbeireden: Ich habe es als Ausschussvorsitzender von Anfang an bedauert - das wissen Sie, das habe ich vorhin lange ausgeführt -, dass ohne Entscheidung des Parlaments derart große Geschäfte getätigt werden können. Deswegen haben wir das Landesbank-Gesetz geändert. Weil es hier immer wieder falsche Informationen gibt, zitiere ich der Vollständigkeit halber aus dem Protokoll vom 23. Mai. Da sagt der Vorsitzende Ach:

Vor dem Hintergrund, dass am gestrigen Tag die Bayerische Landesbank - BayernLB - einen Vertrag mit der Hypo Alpe-Adria geschlossen habe, wolle der Finanzminister, der am heutigen Tag leider nicht anwesend sein könne, dem Ausschuss über die Angelegenheit schriftlich berichten.

Das heißt, es hat keine Zustimmung des Ausschusses oder des Parlaments gegeben, sondern die Landesbank hat die HGAA gekauft, und der Ausschuss wurde informiert. Mein Anliegen ist, dass es in Zukunft nicht mit der Information getan ist, sondern dass wir darüber entscheiden und befinden können, sodass so etwas künftig nicht mehr der Fall ist.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Winter, es gibt eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen König.

Alexander König (CSU): Herr Kollege Winter, es ist viel von der politischen Verantwortung gesprochen worden. Meiner Auffassung nach haben wir alle, die wir damals über den Ankauf der Hypo Alpe-Adria gejubelt haben, eine politische Verantwortung zu tragen. Wie bewerten Sie denn das heutige Verhalten der Opposition angesichts der Aussage des damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses - Sie sind wohl dabei gewesen -, des Kollegen Jürgen Dupper von der SPD, der in der Sitzung am 3. Juli 2007 laut Protokoll Folgendes sagte:

Die Bayerische Landesbank sei sehr gut aufgestellt. Im nationalen Geschäft, aber auch im Retailgeschäft mache die Bayernbank eine gute Figur. Im europäischen Wirtschaftsraum sei man mit der MKB und nun auch der Hypo Alpe-Adria gut positioniert. Die Hypo Alpe-Adria sei günstig zu erwerben gewesen, sodass es sich angeboten habe, das Geschäft zu machen, zumal der osteuropäische Markt ohnehin im Fokus gestanden habe.

Wenn ich heute die Pharisäer reden höre, kann ich nur sagen: Sie sind an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Winter, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege König hat zitiert; das bedarf keiner Ergänzung. Ich kann an dieser Stelle nur noch einmal sagen - und schließe mich damit den Worten des Ministerpräsidenten an -, dass wir jetzt sowohl die politische als auch die rechtliche Verantwortung gemeinsam aufklären werden und dass wir die notwendigen Konsequenzen ziehen werden, wenn die Ergebnisse vorliegen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Winter, es gibt noch eine Zwischenbemerkung, und zwar vom Herrn Kollegen Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Winter, ich darf zu Ihrer Aussage darauf hinweisen, dass Kollege Dupper nur angesichts der von Ihnen und dem Finanzministerium gelieferten Zahlen so agieren konnte, und diese Zahlen waren, wie sich gezeigt hat, falsch.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Die CSU erregt sich wieder einmal. Herr Kollege Winter - deswegen habe ich mich in erster Linie gemeldet -, ich darf Sie daran erinnern, als ich dem früheren Finanzminister Faltthausen, einem der Verursacher des Desasters, hier in diesem Hause an dem Ort, an dem Sie gerade stehen, vorgeworfen habe, er verzoocke das Geld der kleinen Leute, war es diese Seite, die getobt hat. Wie recht ich damals hatte, wissen Sie heute. Da müssen Sie da drüben ganz ruhig sein und in Demut und Asche gehen und nicht den großen Max markieren.

Ein Weiteres will ich Ihnen noch sagen. Welche Denke Sie und Ihr Finanzminister damals hatten, konnte ich mit einer Anzeige in der Zeitung der Bahn beweisen, in der die Landesbank für ruhige, heimliche Konten in Liechtenstein geworben hat. Als ich das in diesem Hause auf die Tagesordnung setzen wollte, haben Sie mich dafür ausgelacht, weil es selbstverständlich sei, dass man so etwas macht. Das war Ihre Moral und Ihre Denke zu dieser Zeit. Heute bekommen Sie die Quittung, und da können Sie sich nicht leicht herausreden.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Winter, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, Herr Wörner hat weggelassen, wann er was gesagt hat. Das ist das Spannende an dem ganzen Vorgang: Die Erkenntnis, dass das falsch war, haben wir heute alle, es geht aber um die Frage, was damals war.

Herr Kollege Wörner, Sie haben eine schöne Vorlage geliefert, um den Kollegen Dupper zu entlasten, den ich persönlich respektiere und für seine engagierte Arbeit, die er im Ausschuss geleistet hat, sehr schätze. Wenn Sie sagen, Kollege Dupper habe auf die Zahlen, die man ihm vorgelegt hat, reagiert, dann ist das richtig.

(Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Rinderspacher, das ist der Punkt. Die Verwaltungsräte sagen auch, dass sie auf der Grundlage der Unterlagen, die sie hatten, nach bestem Wissen und Gewissen entschieden haben, so wie Herr Kollege Dupper auf der Grundlage der Daten, die ihm vorlagen, das Geschäft begrüßt hat.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Aiwanger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Hubert Aiwanger (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss sich schon beherrschen können, um nach dieser Regierungserklärung ruhig zu bleiben. Herr Ministerpräsident, ich halte Ihnen zugute, Sie sind mit der Situation konfrontiert worden und müssen jetzt versuchen, für die CSU das Gesicht zu wahren. Ich weiß, Sie sind in einer sehr vertrackten Situation, genauso ist es bei Herrn Fahrenschon. Aber wenn Sie hier sagen, es müsse eine Aufklärung ohne Rücksicht auf Personen und Strukturen erfolgen, dann müssen Sie schon mehr tun, als zu erklären, ein Herr Huber dürfe nicht mehr der Regierung angehören und ein Herr Faltlhauser habe sich entschuldigt. Ein Herr Schmid wird überhaupt nicht erwähnt; wahrscheinlich ist die Strafe, dass er sein Rauchergesetz zurückziehen musste.

(Heiterkeit bei den Freien Wählern und der SPD)

Ein Herr Beckstein wird auch nicht erwähnt. Entschuldigen Sie den Humor, aber der darf heuer wahrscheinlich nicht auf den Nürnberger Christkindlesmarkt. So sieht die persönliche Verantwortung der hier Genannten aus.

Ein Herr Kemmer schleicht sich jetzt - längst überfällig - vom Acker. Meine Damen und Herren, ich habe die Situation noch vor der Einrichtung der parlamentarischen Kontrollkommission erlebt - ich war damals als frisch gewählter Fraktionsvorsitzender dabei -, als ein Herr Kemmer sehr darauf bedacht war, dass wir bitte nichts nach draußen tragen, um nichts zu gefährden und die Bank nicht in ein schlechtes Licht zu rücken. Jetzt hat er sich vom Acker gemacht.

Meine Damen und Herren, ich bin der Letzte, der hier Leute in die Pfanne hauen und unfair sein will, aber ich muss doch sagen, ein Herr Erwin Huber hat noch vor einiger Zeit gesagt, er sei bereit, bis an den Rand des Existenzminimums zu wetten, dass der Transrapid gebaut wird. Dass hier jemand bereit wäre, wenigstens ein kleines Stück Verantwortung zu übernehmen, kann ich nicht feststellen. Vorhin hat es geheißt, die Leute haben nichts bekommen, das Geld sei weitergereicht worden. Bitte prüfen Sie das selber. Dass hier jemand bereit wäre, zumindest das zurückzugeben, was er bekommen hat, ist bisher nicht festzustellen. Wenn die Leute alles unentgeltlich getan haben, dann sagen sie natürlich, sie haben es umsonst gemacht, sie können nichts weitergeben.

Aber das ist der bayerischen Bevölkerung zu wenig; das will ich damit sagen. Der eine darf nicht mehr der Regierung angehören, da wird sich die Bevölkerung sagen: Na gut, indirekt vielleicht auch nicht schlecht, aber davon kann man nicht runterbeißen.

Meine Damen und Herren, das ist zu wenig, wenn man von rückhaltloser Aufklärung auf persönlicher Ebene spricht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dass ein Herr Schaidinger bis heute nicht einsehen will, dass er vielleicht auch versagt hat, und sich weigert, seinen Stuhl zu räumen, ist das Nächste. Wir sind hier vor rund einem Jahr beieinander gestanden - Herr Seehofer, Sie erinnern sich -, und ich habe gesagt, nehmen Sie doch auch die Opposition mit in den Verwaltungsrat hinein. Sie, Herr Ministerpräsident, waren in dieser Frage noch etwas kompromissbereit. Herr Fahrenschon aber hat gesagt, das geht nicht, die Opposition kann man nicht mit hineinlassen, denn man kann die Verantwortung nicht teilen. Sie haben uns damals schlichtweg ausgesperrt. Sie wollten niemanden sonst drinhaben. Damit Sie am Donnerstag nicht sagen, Sie wären total überrascht, kündige ich jetzt schon an, dass wir am Donnerstag einen Dringlichkeitsantrag des Inhalts einbringen werden, dass die Staatsregierung auch die Oppositionsfraktionen in den Verwaltungsrat nehmen soll. Sie können es sich jetzt wieder einmal überlegen, ob Sie alles allein schultern wollen, ob Sie alleine in der Lage sind, diese Dinge zu steuern, weil die anderen zu dumm sind.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Oder aber Sie sagen, wir nehmen die Opposition mit in den Verwaltungsrat hinein. Damals wollten Sie uns von der Opposition ganz gezielt heraushalten, denn sonst hätten wir vielleicht den einen oder anderen Einblick bekommen, den wir sonst, vielleicht auch gefiltert, über die Parlamentarische Kontrollkommission bekommen.

Meine Damen und Herren, das ist das eine. Das Nächste ist die von Ihnen angesprochene strukturelle Aufklärung. Sie haben gesagt, die Sache müsste strukturelle Konsequenzen haben. Ich sehe das noch nicht, weil Sie die Struktur noch nicht hinterfragt haben. Inwiefern wollen Sie denn strukturelle Konsequenzen in die Wege leiten? - Ich nenne Ihnen das Stichwort: Die Struktur, die hier angegangen werden muss, ist die CSU-Partei-buchwirtschaft.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Die CSU-Partei-buchwirtschaft ist nicht nur Ursache dieser Landesbankpleite, sondern weiterer politischer Versäumnisse im Freistaat.

(Zuruf von der CSU: Das sind doch alles nur Behauptungen!)

Wenn Posten schwerpunktmäßig nach einem Partei- buch besetzt werden, wenn das richtige Parteibuch in der Tasche zumindest förderlich ist, um auf gewissen Stühlen zu landen - ob in der Verwaltung oder vielleicht auch als Schulleiter oder als Polizeichef -, dann bin ich der Auffassung: Hier muss die Struktur hinterfragt werden!

(Zuruf von der CSU)

Wir sind hier bei einer Strukturdebatte, und an die müs- sen Sie herangehen.

(Georg Schmid (CSU): Was wird hier unterstellt! - Zuruf des Staatsministers Joachim Hermann)

Für mich ist die Pleite der Landesbank das Symbol für das Scheitern der CSU-Parteibuchwirtschaft!

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Sie weigern sich bis heute, andere Leute in den Ver- waltungsrat hineinzulassen, meine Damen und Herren. Hier werden Milliarden verwaltet, die dem Freistaat ge- hören, die der bayerischen Bevölkerung gehören. An- geblich kann das nur eine Partei. Wie haben Sie das vor der Landtagswahl formuliert: Wenn die CSU die ab- solute Mehrheit verliert, dann bricht in Bayern das Chaos aus. - Jawohl, das Chaos bricht aus, weil Dinge an die Öffentlichkeit kommen, die anders vielleicht unter dem Teppich geblieben wären!

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Meine Damen und Herren, hier muss zielgerichtet an die Strukturen herangegangen werden. Hier muss ziel- gerichtet die gesamte Bevölkerung und müssen damit auch die anderen Fraktionen eingebunden werden. Wenn Sie sich dem weiterhin verweigern, wird die Lan- desbankpleite noch weitere Konsequenzen haben, und zwar nicht nur für den Freistaat, sondern auch für die CSU. In der Öffentlichkeit werden Sie immer deutlicher feststellen können: Die Öffentlichkeit identifiziert diese Pleite mit der CSU. Wenn Sie das wollen, dann machen Sie alleine weiter. Erwarten Sie dann aber nicht von uns, dass wir immer die Hände heben, wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen, wenn es heißt: Wir müssen Verantwortung für die Sparkassen über- nehmen. Da wird dann immer die Drohung in den Raum gestellt, wir müssten die Hand heben für die 10 Milliar- den, und wenn wir das nicht täten, würden wir uns an der bayerischen Bevölkerung versündigen. Dann näm- lich würden die Sparkassen den Bach hinuntergehen.

Meine Damen und Herren, bevor ich für Milliarden die Hand heben soll, muss ich doch die Hintergrundinfor- mationen kennen. Sie aber enthalten uns Informationen

vor, stellen uns eine Drohkulisse vor die Nase und sagen: Willst du dich hier verweigern, willst du schuld sein, dass hier noch Schlimmeres herauskommt? - Das können Sie von uns schlichtweg nicht erwarten. Das müssen Sie schon einmal aus unserer Sicht sehen. Wir können keine Verantwortung mehr übernehmen, wenn wir nicht wissen, worum es geht. Wenn wir feststellen müssen, dass in der parlamentarischen Kontrollkom- mission auch nur wieder gefilterte Informationen zur Verfügung stehen, wenn es heißt, man habe keine Zeit gehabt, die Unterlagen vorzulegen, wenn Prüfberichte gezielt nicht nur unterdrückt, sondern sogar umgekehrt werden, meine Damen und Herren, dann fragt man sich nicht nur als Opposition, sondern auch als Öffentlich- keit, was dieses Katz-und-Maus-Spiel eigentlich soll.

Gehen sie doch einmal hinaus in die Bevölkerung und hören Sie sich um, meine Damen und Herren von der CSU. Da ist schlichtweg blanke Angst vorhanden! Das ist aber auch kein Wunder, denn man hat mehrmals gesagt: Wenn man die Milliarden nicht locker macht, dann brechen die Sparkassen zusammen. Auch heute hat man wieder gesagt, wenn die HGAA nicht in letzter Minute gerettet würde, hätte das große Auswirkungen auch auf die anderen Banken und die Sparer würden ihr Geld eventuell zurückziehen. Meine Damen und Herren, wir sind kurz davor, dass so etwas passiert. Viele Leute sind völlig verunsichert, wenn man ihnen sagt, durch das Verhandlungsgeschick wurde in letzter Sekunde gerade noch das Schlimmste verhindert. Ich sage Ihnen noch etwas, was draußen diskutiert wird. Der Finanzminister kann das vielleicht verifizieren. Ich habe aus verschiedenen Ecken gehört, mittlerweile würden wieder D-Mark gedruckt.

(Lachen bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN - Ernst Weidenbusch (CSU): Schillinge, Schillinge!)

Es kann ja sein, dass das alles völlig frei erfunden ist.

(Allgemeine Unruhe)

Das ist vielleicht alles frei erfunden, meine Damen und Herren, aber das geistert bei vielen Leuten draußen als Gerücht herum. Sie wissen selbst, viele Gerüchte, die die Menschen in Aufregung versetzen, werden von den Bürgerinnen und Bürgern ernsthaft diskutiert. Sie sehen, die Bevölkerung gibt sich nicht damit zufrieden, dass man sagt, Erwin Huber darf der Regierung nicht mehr angehören und Herr Faltlhauser hat sich ent- schuldigt. Dieses Maß an Aufklärung ist zu wenig! Ich stelle hier und heute dezidiert fest: Die bisherige Auf- klärung ist zu wenig. Ich würde Herrn Fahrenschoen empfehlen, wenn er sich als Finanzminister nicht mehr in der Lage sieht, diese Aufklärung so durchzuführen, wie das notwendig ist, weil er beispielsweise in partei-

politischen Zwängen steckt - das ist verständlich -, dann möge er es machen wie Herr Weiß und sagen, dass er sich nicht mehr in der Lage sieht, die Dinge ordnungsgemäß zu Ende zu bringen. Dann soll er aber auch bitte schön jemand anderen ranlassen, der die Aufklärung federführend betreiben kann.

Ich komme also zu dem Schluss: Die Aufklärung ist mangelhaft! Mein Vorschlag ist erstens, sich personell den Rücken freizuhalten und jemand anderen ranzulassen, wenn Sie das als Finanzminister nicht bewältigen können. Zweitens empfehle ich, die Opposition in den Verwaltungsrat hineinzulassen. Wenn Sie das wieder mit einem Lächeln quittieren, bitte schön, dann machen Sie weiter so. Uns soll das recht sein. Übernehmen Sie auch weiterhin die alleinige politische Verantwortung.

An den Partner der CSU, an die FDP, richte ich die Frage: Inwieweit können Sie das mit Ihrem Gewissen vereinbaren? Wie können Sie die Dinge decken, politisch ruhig halten und sagen: Gut, ein bisschen Aufklärung ist nötig, aber im Großen und Ganzen passt das schon? - Meine Damen und Herren, damit sind Sie auch als FDP nicht mehr glaubwürdig!

Die Regierung ist der Sache nicht mehr gewachsen: Aufklärung: mangelhaft; Ausweg aus der Krise: mangelhaft; zunehmende Verunsicherung in der Bevölkerung; zunehmende Nervosität; draußen zunehmender Ärger.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

Meine Damen und Herren, egal wohin Sie kommen, das erste Wort, das Sie zur Landesbank hören, zeigt, dass die Leute damit wirklich fertig sind. Die Bevölkerung ist dabei, die gesamte politische Kaste in einen Topf zu werfen. Das schadet am Ende der Demokratie, denn dieses Versteckspiel, dieses politisch gewollte Versteckspiel, ist nicht zielführend.

Noch einmal zum Abschluss: Meine Damen und Herren, die Landesbank ist das Symbol der gescheiterten CSU-Parteibuchwirtschaft. Jetzt liegt es an Ihnen, inwieweit Sie sich mit dem Thema auch weiterhin identifizieren wollen, ob Sie damit auch in die nächste Landtagswahl gehen wollen nach dem Motto: Wir haben das allein geschultert, wir allein haben das verwaltet, wir sind Herren der Lage, und wir haben die Milliarden versenkt. Dann gute Nacht Bayern, gute Nacht CSU! Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber lachen. Ich muss heute aber feststellen, Herr Seehofer, Ihre Regierungserklärung war der Sache nicht angemessen.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Sepp Daxenberger das Wort. Bitte schön.

Sepp Daxenberger (GRÜNE): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Seehofer hätte heute die Regierungserklärung dazu nutzen können, klare Verhältnisse zu schaffen und den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Abgeordneten im Landtag reinen Wein einzuschenken über die Verantwortung dieses Desasters. Herr Ministerpräsident, Sie haben es vorgezogen, wieder einmal - wie in der Vergangenheit - nur Nebelkerzen zu werfen und das Weihrauchfass zu schwenken. Lieber Kollege Georg Schmid, die Tatsache, dass der arme Herr Kollege Winter vor das Rednerpult treten muss und mit sorgenvoller und verständnisvoller Stimme eine halberzige Entschuldigung hinbügeln muss, ist eine Beerdigung erster Klasse für den Fraktionsvorsitzenden. Der Fraktionsvorsitzende kann offensichtlich nicht mehr für seine Fraktion sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihre Verantwortung in die Vergangenheit und in das Nirwana geschoben und gehofft, dass diese sich im Nebel auflösen werde. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben heute Ihre letzte Chance verpasst, zum Aufklärer zu werden. Diese Chance ist vorbei. Ehrlich gesagt haben wir damit aber auch gar nicht gerechnet. Deswegen ist es nun an der Zeit, dass der Untersuchungsausschuss und die Staatsanwaltschaft ihre Arbeit aufnehmen. Seit heute ist endgültig klar, dass die Krise der Landesbank auch die Krise der jetzigen Regierung ist. Sie können sich nicht wegducken und so tun, als wären Ihre Vorgängerregierungen dafür verantwortlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welches Theaterstück war das am Wochenende, das zwischen Wien und München aufgeführt worden ist? Es handelte sich um ein ekliges Schmierenstück. Dabei fällt mir der Begriff "billige Komödie" ein. Jedoch verbietet sich der Begriff der Komödie, da die Geschehnisse nicht lustig waren. Außerdem ist es nicht lustig, ansehen zu müssen, wie das Geld des Freistaats, das Geld der Bürgerinnen und Bürger und somit der Steuerzahler, endgültig versenkt wird. Wir haben darüber auch noch unser Kreuzzeichen gesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Angesichts der 3,75 Milliarden Euro bleibt mir der Ausdruck "billig" im Halse stecken. Minister Fahrenschon, es handelt sich nicht um Spielgeld, das hier versenkt worden ist, sondern um reales Geld. Ob dieses Geld alt oder neu ist, ist den Bürgerinnen und Bürgern draußen vollkommen wurscht. Selbst dem Haushaltsausschussvorsitzenden muss es wurscht sein, ob das Geld alt oder neu ist. Fest steht, dass uns das Geld, das wir für Bayern benötigen, in Zukunft nicht mehr zur Verfügung steht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

3,75 Milliarden Euro sind in zwei Jahren verzockt worden. Dabei geht es nicht allein um die Kaufsumme. Herr Weidenbusch, es geht um die Erhöhung der Kreditrahmen und um die Kredite. Wir können uns darüber unterhalten, wie viel von den 875 Millionen an Krediten rausgegangen ist. Die sind als Hochzeitsgeschenk dazugegeben worden.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Das muss noch einmal deutlich gesagt werden. Die FDP kann sich nun auch nicht mehr wegducken. Sie befindet sich seit über einem Jahr in der Regierungsverantwortung. Die FDP muss an dieser Stelle Verantwortung übernehmen, da viele Fehlentscheidungen in dieser Regierung getroffen worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mir fällt es schwer, mir die Summe vorzustellen. Dabei schaue ich Minister Heubisch an. Ich weiß, dass diese Summe etwa dem Etat eines Jahres aller Hochschulen in Bayern entspricht. Am Freitag war das halbe Kabinett in Nürnberg bei der BR-Sternstunden-Gala, um dort Menschen zum Spenden für Kinder in Not zu begeistern. Dies war eine schöne Sache, und viele von Ihnen waren dabei. Die Sache ist richtig und wichtig. Die Bürgerinnen und Bürger haben Spenden in Höhe von 10 und 20 Euro für gute Projekte gegeben. Sie haben sich unter anderem für ein Projekt eingesetzt, das Kindern in der Schule ein Frühstück ermöglicht. Mit den Zinsen dieser 3,75 Milliarden Euro könnte man allen Kindern in den Schulen nicht nur ein Frühstück ermöglichen, sondern auch ein warmes Mittagessen bereithalten, allein mit den Zinsen!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jede Politikerin und jeder Politiker - vor allem die Haushaltspolitiker - bei der CSU müssen doch in Zukunft vor Scham im Boden versinken, wenn es mit einigen hunderttausend Euro gelingen könnte, sich mithilfe guter

und sinnvoller Projekte für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern einzusetzen. Stattdessen haben Sie das ganze Geld verzockt. Dafür sollten Sie sich wirklich schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte auf das Theater des Wochenendes zurückkommen. Welche Rolle hat Ministerpräsident Seehofer in diesem Schmierstück? Obwohl er die Bühne gar nicht erst betreten hat, ist er doch zur peinlichsten Figur dieses Theaters mutiert. Bei Seehofer ist eigentlich alles Chefsache, egal ob es sich um Hilfen für Quelle, schnelles Internet oder die Uniklinik Augsburg handelt. In Sachen Landesbank ist der Chef jedoch abgetaucht. Minister Fahrenschon hat alleine verhandeln müssen nach dem Motto "Kevin allein zu Haus". Das Geld ist ohnehin schon weg, und wie man in Bayern sagt: Wenn das Ross gestorben ist, soll die Kuh auch noch hin sein. Nach diesem Motto wurde auch gehandelt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Als es brenzlig geworden ist und über das Wochenende eine Lösung ausgehandelt werden musste, da man sich bis zur letzten Sekunde Zeit gelassen hat, war der Chef weit weg in Ingolstadt. Daraufhin musste Mutti Merkel mit dem österreichischen Bundeskanzler telefonieren. Von Seehofer war in Wien weit und breit nichts zu sehen. Aus dem Ingolstädter Off konnte man in Berlin leise etwas vernehmen. Man konnte vernehmen, dass Seehofer sich Sorgen mache. Selbstverständlich ist es gut, richtig und schön, wenn sich ein Regierungschef Sorgen macht. Wer jedoch geglaubt hat, der Ministerpräsident mache sich Sorgen um den Haushalt des Freistaats Bayern, über die Finanzen des Landes und das Geld der Bürgerinnen und Bürger oder die Zukunftsfähigkeit Bayerns, der hat sich geirrt, Fehlanzeige. Nein, Ministerpräsident Seehofer macht sich Sorgen über die Zukunftsfähigkeit der CSU. Er macht sich Sorgen um das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der CSU bei finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen. Er wollte über die Konsequenzen nachdenken.

Für Seehofer bedeutet das Nachdenken über die Konsequenzen in erster Linie die Suche nach jemandem, auf den man die politische Verantwortung abwälzen kann. Wie wäre es stattdessen mit Selbstkritik? Die politischen Freunde müssen ebenfalls geschont werden. Stattdessen lässt man einfach einen Landesbankchef und einen Amtschef aus dem Finanzministerium über die Klinge springen. Seehofer glaubt, das würde reichen und die Leute würden dies akzeptieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Zeiten sind vorbei. Man kann nicht auf die Schnelle ein Opfer bringen und im alten Muster weiterverfahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein Ablenkungsmanöver. Die berechtigte Frage nach politischer Verantwortung kann damit nicht ausgetreten werden.

Damit kommen Sie nicht durch. Sie können nicht gerade eben 3,75 Milliarden Euro in Großmannssucht versenken und verzocken und die Verantwortung von sich weisen. Das ist nicht der erste Skandal der von der CSU immer wieder instrumentalisierten Landesbank. Meine Vorredner haben bereits deutlich gemacht, welche Rolle die Landesbank in den letzten Jahrzehnten in Bayern gespielt hat. Die Landesbank war die Haus- und Hofbank der CSU, um - so hätte es Stoiber formuliert - in der Champions League mitspielen und politische Ziele durchsetzen zu können. Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele: Schalck-Golodkowski, Kredit an Medienmogul Kirch, defizitäre Hotelprojekte und so weiter und so fort. Die Liste ist unendlich lang. Heute stellt sich der Ministerpräsident hin und sagt durchaus frech: Er vermag es nicht mehr einzusehen, dass diese Bank staatlich geführt wird. Verdammt nochmal! Die CSU hat jahrzehntelang genau dafür gesorgt, weil sie das gebraucht hat, weil sie genau damit die Geschäfte gemacht hat. Und jetzt will sie sich durch die Hintertür aus der Verantwortung schleichen. Das wird nicht funktionieren.

Ihr müsst euch schon klarmachen: Champions League ist teuer. Man kann in der Champions League nicht mit Kreisligaspielern auf dem Platz bestehen. Auch mit schwarzen Nullen in den Aufsichtsräten und den Regierungen kann man keine Champions League bestehen, sondern da fällt man herunter, letztendlich bis in die B- oder C-Klasse.

Es war der CSU zu lumpig, das Geld der Landesbank dafür einzusetzen, wofür es nach den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in Bayern hätte bestimmt sein müssen, nämlich zur Finanzierung von Mittelstandskrediten zugunsten der bayerischen Wirtschaft. Stattdessen wollte man das ganz große Rad drehen. Und weil die CSU das ganz große Rad drehen wollte, fahren jetzt in der Adria Luxusjachten, die mit bayerischem Geld finanziert worden sind. Das Geld kriegt man nie wieder zu sehen. Wir haben jetzt sozusagen das Kreuz darüber geschlagen.

In Kärnten bekommen Sechzehnjährige eintausend Euro aus der bayerischen Haushaltskasse, mit denen ihr Führerschein subventioniert wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: Super!)

Haiders Wahlkampfmaschine ist letztlich mit Geld aus Bayern gefüttert worden.

Die Liste dessen, was mit unserem Geld gemacht wird, ließe sich fortsetzen. Aber da gibt es noch Spannende-

res. Die Liste dessen, was wir in Bayern alles mit dem Geld machen könnten, wäre unendlich lang. Jeder von uns hätte genug Fantasie - ich denke, auch die CSU -, was man mit dem Geld alles machen könnte.

Ich will jetzt gar nicht anfangen, für diese Liste ein paar Beispiele zu benennen. Sonst kommen manchen von uns nur die Tränen, weil uns dann bewusst wird, worauf wir alles verzichten müssen.

Wenn heute jemand hier im Landtag diese Zockerbude Landesbank und die spielsüchtigen, renditegierigen Aufsichtsräte, die ausschließlich von der CSU gekommen sind, an den Pranger stellen darf, dann sind das wir GRÜNEN. Wir GRÜNEN haben von Anfang an den Einstieg der Landesbank und des Freistaates in die HGAA abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle sollte man noch einmal die Rolle unserer Haushaltspolitiker erwähnen, vor allem von Eike Hallitzky und von - da möchte ich ein Stück weit zurückgehen - Emma Kellner, die hier im Landtag zu all den Themen Dinge gesagt hat, die sich manche CSU-Leute hinter die Ohren schreiben könnten.

Wir haben den Einstieg nicht aus Oppositionsgründen abgelehnt, sondern weil wir einerseits das Risiko der zu übernehmenden HGAA gesehen haben, andererseits schon damals deutlich gemacht haben, dass es nicht Aufgabe der Bayerischen Landesbank sein kann, eine internationale Großbank zu werden und die Expansionsgelüste und die Renditegier der Banker und der CSU-Politiker zu befriedigen. Deswegen haben wir gesagt: Finger weg von diesem Geschäft! Und wie so häufig, hat die Geschichte den GRÜNEN auch hier wieder recht gegeben. Diesmal war das Lehrgeld der CSU sehr hoch, vor allem aber auch für die Bürgerinnen und Bürger. Wer gewollt hätte, hätte das Ausmaß des Desasters durchaus wesentlich früher erkennen können.

Übrigens wurde genau diese Position der GRÜNEN von vor zweieinhalb Jahren jetzt durch den Linner-Bericht bestätigt. In diesem Bericht steht, dass die Entwicklung schon damals erkennbar gewesen wäre, wenn man sie hätte erkennen wollen. Man wollte aber nicht. Man wollte über die Risiken gar nicht erst aufgeklärt werden. Die Leute hatten offensichtlich alle die Dollarzeichen in den Augen und von Renditen im zweistelligen Bereich geträumt. Deswegen wollten sie von Risiken nichts wissen. Es ist einfach traurig, dass alles so gekommen ist.

Man wollte von all den Risiken nichts wissen, obwohl die Skandalbilanz der HGAA wirklich sehr gruselig ist: Bilanzfälschung, Parteienfinanzierung, persönliche Bereicherung, Geldwäsche, Betrug! Ganz besonders zu

erwähnen ist natürlich: 3,75 Milliarden Euro an Steuergeldern wurden mal eben so versenkt.

All das und noch mehr wird mit der HGAA in Verbindung gebracht. Aber der Ministerpräsident stellt sich hierher und sagt: Das haben alles die Leute vor mir gemacht; ich habe nichts damit zu tun; ich bin irgendwann aus dem Himmel von Ingolstadt entschwebt oder aus Berlin entschwebt, bin nach Bayern entschwebt; die CSU habe ich bis dahin eigentlich nicht wirklich gekannt; ich habe die Geschäfte nicht gekannt; ich war nirgends mit eingebunden. - Herr Ministerpräsident, das glaubt Ihnen schlicht und ergreifend niemand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer heute so tut, als sei es ausreichend, ein paar Nichtpolitiker über die Klinge springen zu lassen und ansonsten so weiterzumachen wie bisher, den werden die nächsten Monate vor eine andere Realität stellen. Ich bin überzeugt, dass der Untersuchungsausschuss auch aus den Reihen der CSU die Unterstützung kriegt, die wir brauchen; denn wer jetzt noch nicht verstanden hat, dass es in der Vergangenheit tatsächlich die Methode der CSU war, die uns die Probleme bereitet hat, und dass man hier einen klaren Schnitt machen muss, der wird es nie kapieren. Und dann ist das System nicht mehr zu retten.

Zum Schluss sage ich noch: Die geballte Finanz- und Wirtschaftskompetenz der CSU, aber auch - das möchte ich noch einmal betonen; Herr Kollege Hacker, Sie kommen ja nach mir dran - die Kompetenz der aktuellen Regierung kann man nach meiner Ansicht zu einer Überschrift zusammenfassen. Diese lautet: Wie mache ich aus 3,75 Milliarden Euro einen Euro? In der Sendung mit der Maus würde der Beitrag mit dem Satz beginnen: "Klingt komisch, ist aber so." Das ist das Traurige an dieser ganzen Angelegenheit.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster und letzter Redner hat Herr Kollege Thomas Hacker das Wort.

Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesen Tagen zeigen uns fast jeden Morgen schöne, bunte Prospekte, wie teuer Spielzeug für Kinder sein kann. Spielzeuge für Erwachsene, das wissen wir, können ungleich teurer sein. Aber all das ist nichts gegen die Spielzeuge, die sich Politiker in der Vergangenheit geleistet haben.

Mit vielen Milliarden Euro müssen die Steuerzahler für Landesbanken - nicht nur in Bayern - geradestehen, für Banken, die die Träume der verantwortlichen Politiker

finanzieren sollten. In den Gremien der Bayerischen Landesbank waren die Träume besonders kühn. Man wollte mit den ganz Großen im internationalen Finanzgeschäft gleichziehen. Jetzt ist man ganz tief gefallen.

Mit über 10 Milliarden Euro wurden die bayerischen Steuerzahler mit in die Tiefe gerissen. Wie so oft hat der Umgang mit einem Spielzeug zu Abenteuerlust und Selbstüberschätzung verleitet. Das mag den Menschen im privaten Leben vergönnt sein. Beim Umgang mit öffentlichen Geldern, mit dem Geld der Steuerbürger sind dagegen Zurückhaltung und Verantwortungsbewusstsein gefragt. Dafür, dass dies Einzelne vergessen haben, müssen wir jetzt leider alle zahlen.

Seit über zwei Jahren erfahren wir in regelmäßigen Abständen neue Belastungen der Landesbank. Im Sommer 2007, kurz nach dem Erwerb der HGAA, drohten Milliardenverluste. Im Februar 2008 waren es zwei Milliarden Euro, im April 2008 4,3 Milliarden Euro, im Oktober 6,4 Milliarden Euro, und vor einem Jahr mussten wir ein Rettungspaket von insgesamt 30 Milliarden Euro schnüren; 10 Milliarden Euro davon wurden über Schulden finanziert.

Im Frühsommer dieses Jahres erfuhren wir vom Island-Engagement. Im Oktober besuchten Staatsanwälte die Bayerische Landesbank. Seit gestern wissen wir: Der Ausflug der Landesbank auf den Balkan kostet die Bank 3,7 Milliarden Euro.

Das Vertrauen der Bürger in die Politik und in die Politiker ist erschüttert. Wir erfahren es jeden Tag bei unseren Besuchen draußen in unseren Stimmkreisen. Für die Erschütterung des Vertrauens habe ich Verständnis.

Am 13. Juli 1994 hat sich dieses Hohe Haus in einer Debatte mit dem Thema Landesbank beschäftigt. Auch damals gab es eine FDP-Fraktion. Sie hat einen Antrag zur Änderung des Landesbankgesetzes eingebracht. Unsere Fraktion hat damals auf die Risiken hingewiesen, die ein internationales Bankgeschäft für den Freistaat Bayern bedeuten kann. Sie hat auf die Risiken hingewiesen, die aus der Verquickung zwischen Bankinteressen und politischen Interessen entstehen können. Schon damals war die Westdeutsche Landesbank ein erschreckendes Beispiel für das, was der Staat eben nicht tun sollte.

Damals war unsere Fraktion der einsame Rufer in der Wüste. Herr Rinderspacher, Ihre Fraktion hatte es damals noch begrüßt, dass ein Osteuropa-Engagement der Landesbank eingegangen wurde. Damals ging es um Budapest; der Balkan kam dazu. Jetzt beklagen wir die Folgen. Heute, im Jahr 2009, sind die Voraussetzungen für eine Privatisierung der Landesbank gesetzt. Heute haben wir erreicht, dass im Verwaltungsrat mehr

externer Sachverstand vorhanden ist, mehr Experten aus der Wirtschaft vertreten sind. Herr Aiwanger, ich rufe Ihnen erneut zu: Es ist wichtiger, weniger Politik im Verwaltungsrat und mehr Wirtschaftsverstand zu haben als umgekehrt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Wir haben gesehen, was dabei herauskommt!)

Meine Damen und Herren, unsere gemeinsame Aufgabe ist es, aufzuklären, die Vorgänge zu hinterfragen, die Entscheidungsgrundlagen aufzudecken und die Verantwortlichkeiten zu benennen. Solange das nicht erfolgt ist, kann die Einstellung der Landesbankkommission nicht erfolgen. Der Untersuchungsausschuss muss alle Unterlagen, muss alle Informationen bekommen. Zögerliches Aufklären kann und darf es nicht geben. Wir brauchen die rechtliche Aufklärung, wir brauchen die parlamentarische Aufarbeitung.

Politische Verantwortung, meine Damen und Herren, ist nicht mit persönlicher Schuld gleichzusetzen. Über die Schuld mögen die Gerichte entscheiden. Wir erwarten von allen, die in der Bank und im Verwaltungsrat tätig waren, politische Verantwortung zu tragen. Die gestern getroffenen Entscheidungen waren richtig.

Noch bleiben Zweifel bei uns allen, ob denn wirklich das Ende der Fahnenstange erreicht ist, ob denn nicht noch weitere Belastungen drohen. Aufgabe der Staatsregierung und der Führung der Landesbank ist es, diese Zweifel auszuräumen. Wir müssen Vertrauen gewinnen: Vertrauen bei den Bürgern, aber auch Vertrauen für die Landesbank am Kapitalmarkt.

Meine Damen und Herren, was machen Eltern mit ihren Kindern, wenn sie mit ihrem Spielzeug Schaden anrichten? - Sie nehmen es ihnen weg. Für die Bayerische Landesbank gibt es nur einen richtigen Weg. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen, die Verantwortlichkeiten nennen,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

und die Restrukturierungen mit allem Nachdruck fortsetzen,

(Glocke des Präsidenten)

damit wir das Kreditinstitut eines Tages ohne weitere Verluste veräußern können.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Weg ist noch weit, und er ist heute viel steiniger, als er wäre, wenn wir ihn Ende 1994, wie unsere Kollegen gefordert haben, schon eingeschlagen hätten. Es

sind auch noch nicht alle Risiken gebannt. Trotzdem müssen wir diesen Weg weitergehen: mit intensiver Aufklärung der Vergangenheit, mit einem klaren Auftrag für die Zukunft. Zu diesem langwierigen und anstrengenden Prozess werden wir als FDP - darauf können Sie sich verlassen - unseren Beitrag leisten: konstruktiv, aber auch kritisch.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich bitte Sie jetzt aber um Aufmerksamkeit für zwei Mitteilungen.

Die erste Mitteilung betrifft das Ergebnis der Wahl des Zweiten Vizepräsidenten. An der Wahl haben 176 Abgeordnete teilgenommen. Auf den Abgeordneten Franz Maget entfielen 139 Stimmen. Mit Nein stimmten 13 Mitglieder, der Stimme enthalten haben sich 14 Abgeordnete; 10 Stimmen waren ungültig.

Herr Kollege Maget, nehmen Sie die Wahl an?

Franz Maget (SPD): Ich nehme die Wahl gerne an und bedanke mich! -

(Allgemeiner Beifall)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann darf ich Ihnen alles Gute für Ihre Arbeit und gute Zusammenarbeit wünschen.

Zweite Mitteilung: Mir liegt der Antrag auf sofortige Einberufung des Ältestenrates vor; er ist unterschrieben von vier Mitgliedern des Ältestenrates. Damit erfüllt er die satzungsmäßigen Voraussetzungen des § 16 Satz 2. Ich habe nach der Geschäftsordnung die Möglichkeit, den Ältestenrat innerhalb von zehn Tagen einzuberufen. Ich tue dies sofort und unterbreche dafür die Sitzung. Ich berufe den Ältestenrat in Saal 2 ein. Die Sitzung ist bis um 16.35 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung von 16.05 bis 16.47 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist wieder aufgenommen. Damit es keine Irritationen gibt: Wenn Sie der Frau Präsidentin heute zugehört haben, dann wissen Sie, dass der Amtswechsel heute um Mitternacht stattfindet. Ich hoffe, dass dann noch viele Kolleginnen und Kollegen da sind, um den Amtsübergang auf Herrn Maget zu feiern.

(Allgemeine Heiterkeit)

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 14 Absatz 4 der Geschäftsordnung bekannt, dass die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Franz Maget nach seiner Wahl zum Zweiten Vizepräsidenten, also ab morgen, anstelle des Herrn Kollegen Prof. Dr. Gantzer als Mitglied des Ältestenrats benannt hat. Neues stellvertretendes Mitglied im Ältestenrat wird Herr Kollege Markus Rinderspacher sein.

Dann gebe ich bekannt, dass gerade eine Ältestenrats-sitzung wegen der Äußerung von Frau Präsidentin im Anschluss an die Rede des Kollegen Rinderspacher stattgefunden hat. Die Argumente wurden ausgetauscht. Die Angelegenheit wurde mit der Erklärung der Präsidentin für erledigt erklärt.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Ich fahre in der Tagesordnung fort und rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

**Erste Lesungen
zu einem Gesetzentwurf und zwei Staatsverträgen,
die ohne Aussprache an die jeweils federführenden
Ausschüsse überwiesen werden sollen:**

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Beratungsgegenstände mit den zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es hinsichtlich der Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Beschlussfassung. Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Isabel Zacharias u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung des Bayerischen
Lehrerbildungsgesetzes (Drs. 16/2779)
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Herr Kollege Rabenstein, bitte.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bevor ich zum eigentlichen Gesetzentwurf mit dem spannenden Thema "Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes" komme, möchte ich kurz ein Wort zu den Lehrerinnen und Lehrern an den bayerischen Schulen sagen. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen wird meiner Meinung nach an den Schulen eine engagierte, gute Arbeit

geleistet. Ich glaube, dass es vor allem das Verdienst der engagierten Lehrerinnen und Lehrer ist, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern nach wie vor im Bildungsbereich Vorteile haben. Das kann man vielleicht vor Weihnachten einmal deutlich sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Von den Pädagogen, vor allem von denen, die erst kurz an der Schule sind, wird Kritik an der Lehrerbildung geäußert. Bei einer im Sommer 2008 durchgeführten Umfrage, an der mehr als 500 Lehrkräfte teilgenommen haben, kritisierte der größte Teil der Befragten den fehlenden Berufsbezug und den geringen Stellenwert von Fachdidaktik und Pädagogik. Auf die zentrale Frage "Hat das an der Universität erworbene Wissen für die erfolgreiche Bewältigung des Unterrichts geholfen" antworteten 0,4 % mit "Hat sehr geholfen", 5 % mit "Hat geholfen", 35 % mit "Hat manchmal geholfen", aber 55 % äußerten "Selten geholfen" und 5 % "Nie geholfen".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 60 % sagen, dass die Universitätsausbildung nichts oder nur sehr wenig bewirkt hat. Da müssen meiner Meinung nach alle Alarmglocken schrillen.

Die Staatsregierung selbst kritisiert die eigene Lehrerbildung, zumindest indirekt, massiv. So werden im Gutachten "Zukunft Bayern 2020", seinerzeit von Herrn Stoiber in Auftrag gegeben, eine Ausweitung der Praktika und die Stärkung der Pädagogik für Lehrkräfte aller Schularten gefordert. Noch deutlicher wird diese Kritik im Bericht des Wissenschaftlich-Technischen Beirats der Staatsregierung vom Dezember 2008; das war also vor einem Jahr.

Wir haben unserem Gesetz deshalb unter dem Abschnitt "Problem" längere Passagen aus diesem Bericht - wohlgerne: eines Berichts, der im Auftrag der Staatsregierung erstellt wurde - angeführt. Ich möchte daraus kurz zitieren.

Damit ist eine Neuorientierung und Weiterentwicklung der Lehrerausbildung erforderlich, ohne die sich die primären Bildungsziele nicht erreichen lassen.

Weiter heißt es:

Bildungsziele, Lehrpläne und universitäre Studienpläne bzw. Studieninhalte stehen nicht im Einklang.

Deutlicher kann man es wohl nicht auf den Punkt bringen. Zum Schluss dieser Kritik möchte ich noch den Münchner Gymnasiallehrer Hans-Ulrich Hesse zitieren,

der in der "Süddeutschen Zeitung" auf die Frage, ob sich die Lehrerausbildung verändern soll, antwortete:

Die sollte nicht, die muss verändert werden. Mit Zwischendurchpraktika während des Studiums gewinnt man keinen Einblick in den Schulalltag. Erst wenn man das Lehrersein wirklich gelebt hat, weiß man es. Dasselbe gilt für die fachliche Ausbildung. Ich habe Dinge studiert, die ich in meiner Praxis nie gebraucht habe. ... Andererseits hätte ich Vieles gebraucht, das mir kein Professor beigebracht hat.

Auf die Frage der "SZ", ob die Lehrerausbildung noch auf der Höhe der Zeit sei oder ob sie am Ziel vorbeigehe, sagte Hesse:

Aus meiner Sicht total.

Zusammengefasst lässt sich die Kritik hauptsächlich an folgenden Punkten manifestieren:

Erstens. Es gibt kein Auswahlverfahren für Lehramtsbewerber. Viele werden mehr oder weniger aus Verlegenheit Lehrer.

Zweitens. Die Verzahnung zwischen dem Studium und der Lehrertätigkeit ist mangelhaft.

Drittens. Im Studium stehen die Fachwissenschaften im Mittelpunkt. Das muss so sein. Aber Pädagogik, Lernpsychologie sowie die Fachdidaktiken werden vernachlässigt.

Viertens. Die praktischen Übungen zur Vorbereitung auf Unterrichtsstunden sind unzureichend.

Fünftens. Die Lehrerausbildung ist nicht auf die neuesten Herausforderungen der Gesellschaft ausgerichtet. Das bedeutet, der Umgang mit schwierigen Schülern oder mit Klassen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund sowie mit Schülern mit Behinderungen - Stichwort Inklusion - müsste im Studium vorbereitet werden.

Deshalb hat die SPD einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem diese Defizite beseitigt und mit dem die angehenden Pädagogen besser auf ihren Beruf vorbereitet werden sollen. Über die Schwerpunkte dieses Gesetzentwurfs werden wir in den Ausschüssen diskutieren. Ich hoffe, dass bei dieser Diskussion die fachlichen und sachlichen Argumente und nicht die Parteipolitik den Ausschlag geben werden. Mit diesem Gesetzentwurf wollen wir für die künftige Ausbildung der Lehrer in Bayern ein Fundament schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rüth.

Berthold Rüth (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Lehrerbildung ist auch für die CSU-Fraktion ein wichtiges Thema. Unsere gemeinsame Anhörung hat bestätigt, dass es vonseiten der Wissenschaft viele neue Erkenntnisse gibt. Deshalb sollten wir uns für diese Thematik Zeit nehmen und über alle Ergebnisse dieser Anhörung intensiv diskutieren. Wir müssen uns die Einzelergebnisse genau ansehen.

Meine Damen und Herren, diese Anhörung hat ein Ergebnis gebracht, das von vielen Wissenschaftlern bestätigt wurde: Wir sollten an der schulartbezogenen Lehrerbildung festhalten. Nichtsdestotrotz gibt es zwischen den einzelnen Schularten im Hinblick auf die Lehrerbildung eine Reihe von Schnittmengen. Wir müssen uns diese Schnittmengen ansehen und die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf sieht vor, die Lehrerausbildung in drei unterschiedliche Lehrämter aufzugliedern, nämlich für Lehrerinnen und Lehrer der Klassen 1 bis 10, für Lehrer der Klassen 5 bis 12 mit den Schwerpunkten gymnasiale und berufliche Bildung sowie für Sonderpädagogen. Die Erste Staatsprüfung soll in allen Lehrämtern durch die universitären Abschlüsse Bachelor und Master abgelöst werden.

Auch das Studium soll verändert werden. Auf ein viersemestriges Basisstudium soll ein sechssemestriges Aufbaustudium folgen. Dies widerspricht bereits der aktuellen Situation: Derzeit gibt es ein sechssemestriges Bachelor-Studium. Die jüngsten Demonstrationen haben gezeigt, dass sich die Studenten ein längeres Grundstudium wünschen. In diesem Gesetzentwurf spiegelt sich dieser Wunsch nicht wider. Das Staatsexamen soll abgeschafft werden. Alle Lehramtsstudiengänge sollen mit einem Bachelor oder Master abschließen.

Meine Damen und Herren, ein wichtiges Thema, das in diesem Gesetzentwurf genannt wird, ist die Verlängerung der Mindeststudienzeit für alle Lehramtsstudiengänge auf zehn Semester bzw. auf fünf Jahre. Das Referendariat soll auf zwölf Monate verkürzt werden. Derzeit liegen die Regelstudienzeiten für die Lehrämter an den Grund- und Hauptschulen sowie an den Realschulen bei sieben Semestern. Für das Lehramt an Gymnasien, an beruflichen Schulen und für die Sonderpädagogik sind neun Semester erforderlich. Deshalb entspricht eine Ausweitung auf zehn Semester bzw. fünf Jahre nicht unseren Vorstellungen für eine neue Lehrerbildung.

Meine Damen und Herren, in dem Gesetzentwurf ist auch eine Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre vorgesehen. Das ist nicht in unserem Sinne, weil wir die Grundschulzeit nicht verlängern wollen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass wir über dieses Thema sehr intensiv und ausführlich diskutieren müssen. Wir müssen dabei die Erkenntnisse der Anhörung einfließen lassen. Dies gilt auch für die Erfordernisse durch die UN-Konvention, die ebenfalls einen großen Einfluss auf die Lehrerbildung haben wird. Ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Prof. Dr. Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kurz vor Weihnachten möchte ich mich ausdrücklich dem Lob des Herrn Kollegen Dr. Rabenstein anschließen. Die Lehrerinnen und Lehrer in Bayern leisten Hervorragendes. Wir haben in Bayern gute Lehrer.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Wir sind uns über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg sicherlich einig darin, dass wir an der Lehrerbildung das eine oder andere verbessern können. Sicher liegt hier einiges im Argen. Deshalb haben die Freien Wähler als erste Fraktion ein Konzept zur Umstellung der Lehrerbildung vorgelegt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das stimmt nicht!)

- Selbstverständlich. Wir haben in dieser Legislaturperiode als Erste ein Konzept zur Lehrerbildung vorgelegt. Ich glaube, dass dieses Konzept in vielen Punkten richtungweisend ist. Wir freuen uns, dass die SPD nun mit einem Gesetzentwurf nachzieht, in dem wir manches wiederfinden, der sich von unserem Gesetzentwurf aber auch in einigen Punkten unterscheidet. Wir begrüßen aber viele Vorschläge.

Auch die Regierungsfractionen kennen die Probleme und wissen, was möglicherweise zu tun ist - wir hatten in der Angelegenheit ein längeres Hearing -, aber im Moment hört man noch nichts. Es heißt, wir lassen uns Zeit, wir brauchen Ruhe. Bei der vorhergehenden Debatte hat man allerdings gemerkt, dass Ruhe auch schaden kann. Wenn man Dinge zu lang liegen lässt, gerät man in Verzug. Insofern stehen wir dahinter, dass jetzt gehandelt werden muss und dass möglichst bald ein Gesetz verabschiedet werden muss.

Ich möchte ein paar Vor- und Nachteile des Gesetzentwurfs aus unserer Sicht schildern. Ich bedaure es, dass Herr Rabenstein noch nicht alles begründet hat, sondern seinen Redebeitrag teilt.

Vorteil des Gesetzentwurfs ist erstens das Bild des Lehrers. Ich glaube, dass da in der Vergangenheit einiges schiefgelaufen ist, dass viele junge Leute nicht mehr von der Attraktivität dieses Berufs überzeugt sind. Hier müssen wir ansetzen. Wir müssen deutlich machen, dass es Spaß macht, Lehrer zu sein, dass man etwas vermitteln kann und mit jungen Leuten zusammenarbeitet. Das findet sich in dem Gesetzentwurf wieder, wenn es heißt: Der Lehrer ist nicht nur Vermittler von Faktenwissen, sondern er ist Coach von Kindern und Jugendlichen. - Dahinter stehen wir.

Zweitens begrüßen auch wir die Verstärkung der Praxiselemente, die Orientierung, die schon während des Studiums gegeben werden soll. Die Lehramtsstudenten sollen möglichst früh in die Schule. Das bringt auch etwas für den Schulunterricht. Die Studierenden lernen den Unterricht kennen, aber auch die Schüler haben etwas davon, nämlich einen zweiten Ansprechpartner, was wir schon seit Längerem fordern.

Drittens begrüßen wir die größere Flexibilität beim Einsatz der Lehrer, aber an dieser Stelle beginnen schon die Probleme des Gesetzentwurfs. Denn der Gesetzentwurf ist immer noch schulartbezogen. Es wird nicht deutlich - insofern ist er etwas inkonsistent -, ob die SPD die sechsjährige gemeinsame Schulzeit möchte. Davon gehe ich aus, nachdem ich hier häufig gehört habe, dass sie das will. Aber deutlich wird es in ihrem Konzept zur Lehrerbildung nicht, weil sowohl die sechsjährige Schulzeit als auch das achtjährige Gymnasium möglich sind. Ich wünsche mir hier mehr Klarheit. Wir sind aber erst in der Ersten Lesung und haben noch Gelegenheit zur Diskussion.

Weiter ist die Struktur zu kritisieren, die nicht dem Bayerischen Lehrerbildungsgesetz entspricht. Sie ist ein bisschen zu detailverliebt, aber auch hier sind es eher Kleinigkeiten, die es auf dem Weg zu einem neuen Gesetz zu monieren gilt.

Der dritte Kritikpunkt, der wirklich ernsthaft zu bedenken ist, besteht darin, dass der Gesetzentwurf allen Grundsätzen der Hochschulreform und auch Artikel 57 des Hochschulgesetzes widerspricht und damit nicht umsetzbar ist. Es wurde schon angesprochen: In vier Semestern einen Bachelor zu machen, der zwar berufsqualifizierend sein soll, man weiß aber nicht, für welchen Beruf, und dann in sechs Semestern den Master draufzusetzen, das ist genau das Gegenteil von dem, was man ursprünglich mit der Reform wollte. Es ist auch nicht das, was sich die Studierenden wün-

schen. Ich glaube, in diesem Punkt muss nachgebessert werden.

Ich hoffe auf fruchtbare Diskussionen im Ausschuss. Wir jedenfalls stehen grundsätzlich zu einem neuen Lehrerbildungsgesetz und werben für unser Konzept, das alles, was ich aufgeführt habe, enthält und das nach unserer Ansicht ein gutes Konzept ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Piazzolo, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn die Debatte noch nicht allzu leidenschaftlich geführt wird, ist das Thema Lehrerbildung ein Schlüsselthema der Bildungspolitik; denn gute Schulen brauchen bestausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Die Lehrerbildung in Bayern, aber nicht nur in Bayern, ist in der Kritik. Sie wird kritisiert von Experten, sie wird auch deutlich kritisiert vom Wissenschaftlich-Technischen Beirat der Staatsregierung. Wir haben den Bericht in den Ausschuss gebracht, er wird dort demnächst Thema sein. Die Lehrerbildung wird aber auch von den Studierenden kritisiert - mein Vordredner hat schon darauf hingewiesen -, und sie wird vor allem von jungen Lehrerinnen und Lehrern kritisiert, die in die Schule kommen und dort oft den sogenannten Praxisschock erleben und feststellen, dass das Studium die Lehrerinnen und Lehrer nicht oder nur ungenügend auf die Tätigkeiten in der Schule vorbereitet.

Wir sind dankbar, dass die SPD den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht hat, um das Thema der Lehrerbildung auf die Tagesordnung zu bringen. Wir haben kürzlich in den beiden Ausschüssen, die sich mit der Bildung beschäftigen, eine, wie ich finde, sehr interessante Anhörung zur Lehrerbildung gehabt, bei der wir wichtige Dinge erfahren haben, die wir in die weitere Debatte einfließen lassen sollten.

Ein wichtiges Thema der Lehrerbildung ist die richtige Gewichtung der Fachwissenschaften, Bildungswissenschaften und Schulpraxis. Der fachwissenschaftliche Anteil gerade der gymnasialen Lehrerbildung wird oft gelobt und hochgehalten. Tatsächlich ist es wichtig, dass die Lehrkräfte eine gute fachwissenschaftliche Ausbildung haben. Jemand, der anderen Wissen vermitteln muss, muss selbst viel wissen. Wir brauchen zwar kluge Köpfe unter den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch das fachwissenschaftliche Studium muss an den Tätigkeiten in der Schule orientiert sein und darf nicht den Fachgoismen der Universitäten unterliegen. Das Studium muss so organisiert sein, dass die Lehrerinnen und Lehrer das Rüstzeug für den Unterricht in der Schule bekommen.

Die Didaktik fristet an vielen Hochschulen in Bayern ein Schattendasein. Die pädagogische Psychologie und die Schulpsychologie sind in manchen Lehrerstudien kaum präsent - etwa bei den Gymnasiallehrern - und zum Teil an den Hochschulen nicht vertreten. Wir haben es in der Anhörung gehört: An der LMU gibt es, glaube ich, für 8.000 Studierende einen einzigen Schulpsychologen. Wie dort gute Lehre funktionieren soll und wie die jungen Leute auf ihren Beruf vorbereitet werden sollen, ist mir schleierhaft.

Wir brauchen in der Lehrerbildung schulartübergreifende Anteile in Schulpsychologie, Lernpsychologie, Sonderpädagogik - das ist Grundwissen - und Entwicklungspsychologie. Vor allem muss die Diagnosefähigkeit der Lehrerinnen und Lehrer gestärkt werden. Sie müssen diagnostizieren können, welche Lernbedürfnisse und welche Lernprobleme bei einem Kind bestehen, und sie müssen wissen, welche Strategien sie entwickeln müssen, um das Kind zu fördern.

Lassen Sie mich etwas zur Verknüpfung von Theorie und Schulpraxis sagen. Im Gesetzentwurf ist angedeutet, dass Praktika stattfinden müssen. Es ist auch wichtig, diese Praktika mit dem Studium zu verknüpfen, weil ein Praktikum, bei dem man als ehemaliger Schüler im ersten Semester zusieht, wie der Lehrer, der einen früher unterrichtet hat, jetzt unterrichtet, nicht unbedingt die Qualität des Unterrichts verbessert und einen auch nicht weiterbringt darin, wie man selbst unterrichtet. Deswegen müssen Schulpraktika so organisiert werden, dass man dort Schüler individuell fördert, in Kleingruppen arbeitet und lernt, anders zu unterrichten.

Wir halten es auch für notwendig, dass Lehrerinnen und Lehrer im Laufe ihres Studiums Erfahrungen außerhalb der Schule sammeln. Sie sollen Praktika in Betrieben, in Einrichtungen der Jugendhilfe oder der Behindertenarbeit machen, damit sie in ihrer Ausbildung noch etwas anderes gelernt haben, als Schule zu machen. Wichtig ist auch die Verknüpfung der Hochschule mit der Praxis, damit im Sinne von Hochschul-Schulen die Schulen an die Hochschule geknüpft sind. Die Hochschullehrer sollen in die Schule kommen und sehen, wie es in den Schulen aussieht.

Ein Wort zu den Bachelor- und Master-Abschlüssen, die im Gesetzentwurf angesprochen werden. Ich glaube, wir kommen nicht drumherum, Bachelor und Master auch für das Lehramtsstudium zu fordern. Eine Staatsregierung ist unglaubwürdig, wenn sie fordert, für alle Studiengänge Bachelor und Master einzurichten, außer in den Studiengängen, bei denen der Staat entscheidet, nämlich bei den Staatsexamen. Dort gibt es keine Bachelor- und Master-Abschlüsse. Das ist nicht zu akzeptieren und auch nicht zu vertreten. Wir erleben gerade eine Modularisierung des Lehrerstudiums. Wir stellen

fest, dass das mit der Struktur des Staatsexamens nicht funktioniert, dass sich das beißt. Wir müssen deshalb auf das Staatsexamen verzichten, um eine neue Lehrerbildung zu machen.

Ein letztes Wort zu diesem Gesetzentwurf: Wir brauchen eine Lehrerbildung, die an der Altersstruktur der Kinder orientiert ist. Es ist ein Unterschied, ob ich Siebenjährige, Dreizehnjährige oder Siebzehnjährige unterrichte. Wir fordern deshalb die Einführung eines Stufenlehrerprinzips. Die Ausbildung sollte am Alter des Kindes ausgerichtet sein. Ich verstehe den Gesetzentwurf der SPD deshalb nicht ganz, der wieder an den herkömmlichen Schularten orientiert ist, im Prinzip ein zweigliedriges Schulsystem vorwegnimmt und daran die Lehrerbildung orientiert. Ich hätte mir von der SPD eine klare Konzeption gewünscht und ein klareres Ziel im Sinne einer modernen Lehrerbildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden das Thema Lehrerbildung im Ausschuss diskutieren. Ich hoffe, wir werden dort noch leidenschaftliche Debatten zu diesem Thema erleben.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (Freie Wähler))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Will.

Renate Will (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gesetzesinitiative der Kollegen von der SPD-Fraktion setzt bei dem an, was eigentlich erst nach der Erprobung modularer Strukturen in der Lehrerbildung und nach deren Auswertung erfolgen sollte, nämlich die Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes. Sie von der SPD zäumen quasi das Pferd von hinten auf. Ihr Gesetzentwurf konzediert zwar, dass für die einzelnen Lehrämter inhaltlich unterschiedlich ausgebildet werden muss - das war schließlich auch die einhellige Fachmeinung in unserer Anhörung -, aber Sie definieren die Lehrämter unter dem Gesichtspunkt der Gleichwertigkeit. Das ist etwas völlig anderes. Das ist keine fortschrittliche Bildungspolitik, das ist primär Standespolitik.

Wir alle wissen, dass beim Lehrerberuf vieles im Argen liegt. Das ist keine Frage, zweifelsohne. Der Bericht des Wissenschaftlich-Technischen Beirats - WTB-Bericht - sensibilisiert gerade dafür, dass wir unsere Lehrerinnen und Lehrer auf die Aufgaben vorbereiten müssen, die sie in unserem heutigen Schulalltag tatsächlich erwarten. Die gewaltige Aufgabe, die die künftige Lehrerbildung erfüllen muss, heißt deshalb: zuallererst Professionalisierung.

(Zuruf: Sehr gut!)

Sie wollen, dass Lehrerbildungszentren quer zur Struktur der universitären Fachbereiche eingerichtet werden. Die Idee ist richtig und wichtig. Dies aber durch ein Gesetz verfügen zu wollen, verkennt die Realität an den Universitäten und ist, mit Verlaub, blauäugig. Mit dem Einverständnis des Präsidenten darf ich hierzu den Präsidenten der Technischen Universität München zitieren, der in der Zeitung "Die Zeit" vom 15.10.2009 Folgendes sagte:

An den Universitäten ist die Lehrerbildung das fünfte Rad am Wagen der Fachwissenschaften.

Leider.

Wer das ändern will, braucht einen starken Willen, überzeugende Ideen, braucht Macht, Geld und exzellente Wissenschaftler.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die "TUM SCHOOL OF EDUCATION" führt nicht nur die gesamte Lehrerausbildung an der TU und koordiniert diese, sie entwickelt auch ein eigenes Forschungsprogramm.

Das scheint mir das Entscheidende zu sein. Wenn wir das Lehren zur Schlüsselqualifikation der Lehrerbildung machen wollen, dann sind wir darauf angewiesen, dafür auch die entsprechende Unterstützung aus der Forschung und der Wissenschaft zu bekommen. Nur so kann Qualität gelingen. Deshalb plädiere ich dafür, die weiteren Entwicklungen an der "TUM SCHOOL" erst einmal zu beobachten und auszuwerten. Sie können uns dann als wertvoller Referenzrahmen für spätere Entscheidungen dienen. Deshalb können wir auch den Strukturentscheidungen, die hier mit diesem Gesetzentwurf eingeführt werden sollen, nicht zustimmen.

Der Gesetzentwurf enthält des Weiteren detaillierte Vorschläge zu den von den Lehramtsstudierenden zu absolvierenden Praktika. Demnach wären abzuleisten: ein Orientierungspraktikum, ein schulpädagogisches semesterbegleitendes und ein schulpädagogisches Blockpraktikum. Meine Damen und Herren, sehr vereinfacht gesprochen, geht es aber nicht darum, Studierende irgendwie in die Praxis zu schicken. Praktika müssten sicherstellen, dass dabei auch systematisch gelernt wird. Die Universitäten müssen mit den Schulen, an denen praktisch ausgebildet wird, eng zusammenarbeiten. Das heißt, wir brauchen ein Schulnetz von Referenzschulen, die gemeinsame Vorstellungen davon haben, was guter Unterricht ist, und die in enger fachlicher Verbindung zur Lehrerbildung an den Universitäten stehen. Mit Ihrem Gesetzentwurf treffen Sie bereits die Festlegung, dass Lehramtsstudiengänge

mit den Hochschulabschlüssen Bachelor und Master abschließen.

Erstens. Was macht Sie eigentlich so optimistisch, dass der Bachelor-Abschluss als berufsqualifizierender Abschluss automatisch ein entsprechendes Berufsfeld nach sich zieht? Hier müssen doch zuerst einmal vernünftige Überlegungen darüber angestellt werden, für welche Berufsfelder sich ein qualifizierter Bachelor-Abschluss eignet. Zweitens. An der aktuellen Diskussion über die Umsetzung des Bologna-Prozesses und über die Ausgestaltung von Bachelor- und Master-Abschlüssen wird doch gerade deutlich, dass nicht alles von vorneherein festgeschrieben werden kann, sondern dass gerade bei so wichtigen Dingen wie der Ausbildung unserer Kinder Schnellschüsse unangebracht sind. Auch ich kann mir gut vorstellen, dass wir uns von den tradierten Wegen der Lehrerbildung fortbewegen. Hier sehe ich durchaus noch mehr Gestaltungsräume, als das der Koalitionsvertrag vorgibt.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, Sie müssen auf die Uhrzeit schauen.

Renate Will (FDP): Ach, ja.

(Zuruf: Sie muss gleichzeitig lesen, das ist das Problem!)

-Ja, ein bisschen schon.

Dann lassen Sie mich abschließend noch eines herausstellen, was zu häufig in Vergessenheit gerät: Die Universitäten müssen auch weiterhin die Freiheit haben, die Inhalte der Lehrerbildung in eigener Verantwortung zu gestalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Das Wort hat noch einmal Herr Kollege Rabenstein. Dreieinhalb Minuten, Herr Kollege.

(Allgemeine Heiterkeit - Zuruf von der SPD)

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst noch einige Klarstellungen. Wir wollen nicht, dass das Bachelor-Studium vier Semester dauert. Das steht auch im Gesetzentwurf nicht drin. Wir haben vielmehr ein Basisstudium von vier Semestern. Das Bachelor-Studium dauert selbstverständlich sechs Semester, so steht das auch im Gesetzentwurf. Vier Semester dauert der Master-Studiengang. Hier ist das Basisstudium mit dem Abschluss des Bachelors verwechselt worden.

Zum Zweiten. Herr Rüth von der CSU hat mehr oder weniger kritisiert, dass wir das Grundschulstudium ausdehnen. Da muss ich schon sagen: Die besten Lehrer an die Grundschulen! Dort können die Lehrer die Kinder nämlich am besten auf den weiteren Lebensweg vorbereiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen deshalb eine Aufwertung der Grund- und Hauptschullehrer. Wir sprechen deshalb nicht von einer Gleichartigkeit, sondern von einer Gleichwertigkeit. Das hat mit den Berufsverbänden überhaupt nichts zu tun, aber auch rein gar nichts.

Zum Dritten möchte ich auf die Praktika eingehen, die natürlich notwendig sind, die hier aber kritisiert wurden. In dem Gesetzentwurf steht ausdrücklich, dass wir eine enge Verknüpfung zwischen den Hochschulen und den Schulen schaffen wollen. Das ist doch gerade das große Manko des bisherigen Praktikumsbetriebes an den Schulen: Sie laufen zum größten Teil unabhängig von den Hochschulen. Genau das wollen wir ändern, und das schreiben wir in unserem Gesetzentwurf auch fest.

Zu den Lehrerbildungszentren, die hier ebenfalls angesprochen wurden, möchte ich Folgendes sagen: Diese Lehrerbildungszentren gibt es schon an fast allen bayerischen Universitäten, sie sind nur nicht festgeschrieben. Es hat sich aber herausgestellt, dass man genau das, was Sie hier kritisieren, liebe Frau Kollegin - das fünfte Rad am Wagen - mit den Lehrzentren vermeiden kann. Dadurch steht eine Aufwertung der Lehrerbildung fest. Das steht jedoch nicht im alten Gesetz, sondern ist der Entwicklung zuzuschreiben. Die School of Education an der TU München umfasst nur eine gymnasiale Ausbildung und nicht den gesamten Schulbereich.

Ich möchte eines deutlich machen: Der Gesetzentwurf bereitet einige Schwierigkeiten, da wir die Strukturen mit einem Lehrerbildungsgesetz nicht in der Weise ändern können, wie wir dies gerne möchten. Wir müssen mit den jetzigen Strukturen die Lehrerausbildung verbessern. Dies ist nur möglich, indem der Stufenlehrer eingeführt wird und wir uns nicht von vorneherein auf die einheitliche Lehrerausbildung beschränken. Das würde mit dem aktuellen System nicht zusammenpassen. Jedoch wollen wir jetzt bessere Lehrer.

Zum Schluss möchte ich mich zu den Forschungen über die Lehrerbildung äußern. Die Forschungen betreiben wir bereits en masse. Viele Mitarbeiter, die an den Hochschulen tätig sind und selbst den Lehrberuf praktiziert haben, haben umfangreiche Forschung betrieben. Die Ansätze in der Forschung sind zahlreich und müssen endlich umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kommt unser Gesetzentwurf genau zur rechten Zeit. Minister Spaenle hat bereits angedeutet, dass er im nächsten Jahr etwas auf den Weg bringen will. In diesem Punkt sehe ich ein Defizit. Hier ist die SPD schneller. Jedoch brauchen wir auf Forschungsergebnisse nicht länger zu warten.

Ich glaube, wir haben einen Kompromiss gefunden, der es ermöglicht, jetzt bessere Lehrerinnen und Lehrer auszubilden. Dies gilt für die jetzige Schulform, aber auch für eine Schule, die nach unseren Vorstellungen gestaltet werden soll. Das ist der Grundgedanke unseres Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Dann ist das so beschlossen.

(Es erklingen über die Lautsprecher Weihnachtslieder - Allgemeine Heiterkeit)

- Das sind ja Weihnachtslieder. Ich danke dem Landtagsamt dafür, dass es uns auf die Weihnachtsfeier einstimmen will. Ich nehme es dankend zur Kenntnis.

Trotzdem rufe ich den Tagesordnungspunkt 3 c auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Wohnungsbindungsgesetzes und des Bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes (Drs. 16/2815) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Herr Staatssekretär Eck bitte.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Bei dem vorliegenden Gesetzentwurf handelt es sich um die Änderung des Bayerischen Wohnungsbindungsgesetzes und des Bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Bayern gibt es etwa 140.000 Sozialwohnungen. Ich brauche nicht zu erklären, dass diese Wohnungen an bestimmte Einkommensgrenzen gebunden sind. Sie kennen die Situation so gut wie ich. Die maßgeblichen Einkommensgrenzen haben sich im Vergleich zur Situation vor der Föderalismusreform prinzipiell nicht geändert. Allerdings wurde im Bayerischen Wohnungsbindungsgesetz die Möglichkeit für die zuständigen

Behörden geschaffen, in bestimmten Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf von Einkommensgrenzen abzuweichen. Diese Möglichkeit ist jedoch bis zum 30.04.2010 befristet. Eine Diskussion und Entscheidung über die Fortführung dieser Regelung ist somit erforderlich. Außerdem ist es notwendig, die Einkommensgrenzen an die veränderten Verhältnisse anzupassen; das Einkommensniveau hat sich nach oben entwickelt, die Zahl an Sozialwohnungen hat sich verringert, weil die befristeten Bindungen auslaufen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf wird von der Mieter- und von der Vermieterseite begrüßt. Dieser Gesetzentwurf trägt den Interessen beider Parteien Rechnung. Durch eine maßvolle Anhebung der Einkommensgrenzen wird ein Drittel der Haushalte mit niedrigem Einkommen erfasst. Um Familien bessere Chancen einzuräumen, wird der Freibetrag pro Kind verdoppelt.

In Bezug auf die Abweichungsmöglichkeiten von den Einkommensgrenzen bleibt festzustellen, dass selbst nach einer Anhebung der Einkommensgrenzen ein Bedarf übrig bleibt. Deshalb wollen wir die Abweichungsmöglichkeit unbefristet fortführen, jedoch gleichzeitig ihre Anwendungsvoraussetzungen im Gesetz konkretisieren. Dieser Gesetzentwurf vertritt mit seiner ausgewogenen Regelung sowohl die Interessen der Mieter als auch der Vermieter. In diesem Sinne hoffe ich auf eine positive Beratung in den Ausschüssen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die erste Wortmeldung kommt von Kollegen Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es wird Zeit, dass dieses Gesetz korrigiert wird. Wir befürworten die Entfristung des Gesetzes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns jedoch im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens über die Einkommensgrenzen unterhalten. Bei einem Alleinverdiener schrammen sie knapp an der Mindestlohngrenze von 7,50 Euro entlang. Wenn ein Alleinverdiener mehr als 7,50 Euro die Stunde verdient und 13 Monatsgehälter bezieht, steht ihm keine Sozialwohnung zu. Kolleginnen und Kollegen, das sind 18.000 Euro für ein Leben in München. Im ländlichen Raum ist das Problem im Vergleich zu München nicht so groß. Ich sage, das Einkommen ist zu wenig. Es ist selbst dann zu wenig, wenn ein Ehepaar ein Einkommen von 24.000 oder 26.000 Euro bezieht. Nein, da müssen wir deutlich zulegen, selbst wenn dies mehr Anspruchsberechtigte hervorruft. Der Zuwachs an Anspruchsberechtigten sollte uns dazu veranlassen, endlich wieder sozialen Wohnungsbau zu betreiben. Die Insider unter uns wissen alle, dass der soziale Woh-

nungsbau ausläuft. Zwar können die jetzigen Mieter die Sozialwohnungen weiter bewohnen, jedoch verringern sich die Belegungsrechte Stück für Stück, da keine weiteren sozialen Wohnungsbestände gebaut werden. Über den Zuwachs an Anspruchsberechtigten kann der nötige Druck aufgebaut werden, um den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben.

Lassen Sie mich ein letztes Argument benennen, warum wir eine höhere Einkommensgrenze fordern. Wir wollen nicht, dass nur die untersten Einkommenschichten die Wohnungen im sozialen Wohnungsbau erhalten, da ansonsten ganze Stadtteile verslumen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann von 18.000 oder 24.000 Euro im Jahr nicht leben. Stattdessen benötigen wir die Einkommensbezieher, die in der klassischen Arbeitnehmerschaft zu Hause sind. Dies würde dazu führen, dass Wohnquartiere wieder stabil werden und nicht zu Slums verkommen. Entschuldigung, wenn ich Ihnen das so deutlich sage. Dies ist jedoch in der Realität der Fall. Aus diesem Grund fordern wir eine Erhöhung der Einkommensgrenzen. In den Beratungen werden wir gerne weitere Argumente austauschen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, gestatten Sie mir die Freude, zu Ihrer Abschlussitzung einen kleinen Redebeitrag zu liefern. Außerdem bedanke ich mich für Ihre faire Sitzungstätigkeit.

Nun komme ich zur Sache. Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Wohnungsbau befindet sich seit über zehn Jahren auf Talfahrt. Seit drei Jahren bleibt die Wohnungsbautätigkeit sogar hinter dem Ersatzbedarf infolge von Abriss und Wohnungszusammenlegungen sowie Zweckentfremdung zurück. In den Ballungszentren und insbesondere in Hochschulstädten steht der Markt für Mietwohnraum unter Druck. Nicht nur sozial besonders schwache Haushalte benötigen eine Sozialmietwohnung, sondern - dem Kollegen Wörner ist natürlich insoweit zuzustimmen - auch viele Durchschnittsverdiener haben Probleme, auf dem freien Markt eine Mietwohnung zu finden, die sie sich leisten können. Andererseits sind die Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen so gering, dass diesem Personenkreis die Berechtigung auf eine Sozialwohnung fehlt.

Mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Einkommensgrenzen, die seit acht Jahren unverändert sind, maßvoll angehoben werden. Einzelheiten hat Staatssekretär Eck bereits ausgeführt; ich brauche da nichts zu wiederholen. Insbesondere hat er darauf hin-

gewiesen, dass die Abweichungsmöglichkeit des Artikels 4 Absatz 2 des Bayerischen Wohnungsbindungsgesetzes beibehalten werden soll. Das heißt, in Gegenden mit erhöhtem Wohnungsbedarf können die Einkommensgrenzen weiter erhöht werden. Ich glaube, das ist die richtige Lösung für dieses Problem.

Im Übrigen kann das natürlich im federführenden Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit näher ausgeführt werden. Dort wird mit Sicherheit darüber debattiert werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Jung.

Claudia Jung (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Freien Wähler unterstützen den Gesetzentwurf der Staatsregierung und werden ihm zustimmen. Wir sind zwar der Meinung, dass man da noch ein bisschen mehr hätte machen können. Wir erkennen aber an, dass es auf jeden Fall ein längst überfälliger Schritt in die richtige Richtung ist.

Noch mehr über die Notwendigkeit und den Sinn und Zweck der ganzen Angelegenheit zu philosophieren, hieße Eulen nach Athen tragen. Deswegen verzichte ich an dieser Stelle darauf.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Gesetzentwurf werden die Einkommensgrenzen für die Berechtigung zum Bezug einer Sozialwohnung des ersten Förderwegs - dies gilt also nur für die Sozialwohnungen im ersten Förderweg - deutlich angehoben. 19 % sind sicherlich eine deutliche Anhebung gegenüber dem bisherigen Bewerberkreis. Damit wird die Gruppe der Berechtigten erheblich erweitert und der Tatsache Rechnung getragen, dass die schon lange unterbliebene Anpassung der Grenzen dazu geführt hat, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten immer kleiner geworden ist. Herr Kollege Wörner hat das ausgeführt. Im Prinzip ist der Kreis der Bezugsberechtigten auf diejenigen, die in dem Bereich von 7,50 Euro pro Stunde verdienen, zusammengeschrumpft. Nun wird der Tatsache Rechnung getragen, dass sich insbesondere in Ballungsräumen Leute, die etwas mehr als den Mindestlohn verdienen, nicht in ausreichendem Umfang mit Wohnraum versorgen können.

Damit sich die in besonderem Maße auf die Stützung des Staates angewiesene Gruppe der Geringstverdie-

ner gerade in Ballungsräumen trotz der erwähnten Anhebung noch mit Wohnraum versorgen kann, sieht der Gesetzentwurf in einem zweiten Passus eine Abweichung von der Wohnungsbewirtschaftung dergestalt vor, dass beispielsweise in Ballungsräumen Bewerber Wohnraum zugewiesen werden kann.

Wir würden uns aber in Gebieten mit erhöhtem Wohnraumbedarf eine deutliche und weitere Öffnung kommunaler Handlungsmöglichkeiten wünschen, beispielsweise bei der eigenen Definition der Einkommensgrenzen oder auch bei der Definition von Erhaltungssatzungen und der Möglichkeit, in diesen Gebieten der spekulativen Umwandlung von Wohnraum in Eigentumswohnungen entgegenzuwirken, beispielsweise auch dadurch, dass darüber nachgedacht wird, wie in Zukunft die Förderung von Sozialwohnraum fortgeführt werden soll.

Wir haben die Situation, dass sich der Sozialwohnraum erheblich im Schwinden befindet. In der Region München hatten wir 1993 noch 96.000 Sozialwohnungen. Jetzt haben wir nur noch 47.000. Wir müssen davon ausgehen, dass in den nächsten zehn Jahren weitere 10.000 Sozialwohnungen schwinden.

Zudem haben wir das Problem der Landesbankwohnungen, von denen wir immer noch nicht genau wissen, ob sie gesichert werden, ob verhindert wird, dass es dazu kommt, dass sie an spekulative Investorengemeinschaften veräußert werden.

Wenn wir das nicht in den Griff kriegen, können wir mit dem Gesetzentwurf die Probleme nicht lösen. Um die Probleme wirklich zu lösen, brauchen wir daher andere Rahmenbedingungen bei der Wohnraumförderung und bei dem Erhalt preisgünstigen Wohnraums. Nur dann können wir diejenigen, die wenig verdienen, und diejenigen, die etwas mehr verdienen, tatsächlich angemessen mit Wohnraum versorgen. Lediglich zu versuchen, den Kreis der Berechtigten auszuweiten, während gleichzeitig der Wohnraumbedarf schwindet, genügt nicht.

In diesem Sinne hoffen wir auf eine entsprechende Ausweitung auch der Wohnraumförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Meyer.

(Widerspruch des Abgeordneten Jörg Rohde (FDP))

- Entschuldigung, das steht bei mir so auf der Rednerliste. Herr Kollege Rohde, haben Sie sich zu Wort gemeldet? - Bei mir bis jetzt noch nicht.

(Abgeordneter Jörg Rohde (FDP) hebt die Hand)

Also, Herr Rohde, jetzt haben Sie das Wort.

Jörg Rohde (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Gesetz kam es nach der ersten Föderalismusreform. Es wird schon deutlich, dass es infolge des Einkommensgefälles in der BRD sinnvoll ist, regionale Anpassungen zu machen. Jetzt soll eine moderate Anpassung um 19 % vorgenommen werden. Sie erweitert den Kreis der Berechtigten.

Seit 1980 hat man die Einkommensgrenzen um ganze tausend Euro erhöht. Dadurch sind immer mehr Leute aus dem Bezugsrecht für Sozialwohnungen herausgefallen. Parallel dazu ist die Anzahl der Sozialwohnungen durch das Ende der Bindungsfrist gesunken. Jetzt haben wir zwar immer noch sehr viele Berechtigte, aber wir wollen diesen Kreis trotzdem erweitern, auch bei sinkendem Wohnraumbangebot.

Die Debatte, die Sie gerade angestoßen haben, Frau Kamm, passt eigentlich nicht zu diesem Gesetzentwurf; denn es geht ja nur um Vollzug und Weiterführung der Gesetze zur Wohnraumbindung und Wohnraumförderung. Man müsste also eine andere Debatte führen.

Ich habe mich gewundert, warum wir diesen Entwurf heute diskutieren, obwohl Mieter und Vermieter zu diesem Punkt die Regelung gleichermaßen begrüßen, die wir vornehmen wollen. Aber das ist nun einmal so.

An einer anderen Stelle müsste man die Bedingungen für den sozialen Wohnungsbau diskutieren.

Ziel dieses Gesetzentwurfs ist, besonders Ein- und Zweipersonenhaushalte stärker zu berücksichtigen. Wir von der FDP finden das gut. Das ist eine Berücksichtigung der Realität, die immer weiter fortgeschritten ist.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, über dieses Gesetz, dessen Abweichungsregel wir verlängern wollen, zu bewirken, dass die Kommunen die Einkommensgrenzen selber lokal anpassen. Das wird in München gemacht, auch in Rosenheim und Starnberg. Das sind die einzigen Orte in Bayern, wo es das schon jetzt gibt.

Aber, Herr Wörner, in München hat man beschlossen, die Anhebung um 30 % zu machen. In Rosenheim und Starnberg hat man die Möglichkeiten voll ausgeschöpft, das heißt, es wurde um 60 % angehoben. Da müssten Sie doch ein flammendes Plädoyer im Stadtrat von München halten, wenn es um die Anhebung der Einkommensgrenzen geht. Herr Kollege, hier ist der falsche Ort dafür. Die Regelungen, die Sie fordern, sind möglich. Den Kommunen wird es ermöglicht, in ihrem

Rahmen die Gesetzeslage selbständig für sich an die lokalen Gegebenheiten anzupassen.

Insofern denke ich, dass wir hier auf einem guten Weg sind. An der Freigrenze wird meines Wissens nicht gedreht. Wir haben also ein Gesetz vor uns, das eine Anpassung an die Gegebenheiten bringt. Im Süden Deutschlands haben wir etwas mehr Einkommen. Das muss Auswirkungen auf die Grenzen haben.

(Wortmeldung des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- Ich lasse gerne eine Zwischenfrage zu.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege, ich mache sie darauf aufmerksam, dass München sehr wohl einen Sonderweg geht, der über die 30 % hinausgeht. Das ist das sogenannte München-Modell. Wir müssen von Ihnen da nichts lernen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie müssen eine Frage stellen!)

Wenn Sie die Sozialmietgesetzgebung so gemacht hätten, wie wir sie wollen, hätten wir alle diese Probleme nicht. Stimmen Sie mir da zu?

Jörg Rohde (FDP): Nein, natürlich nicht, Herr Wörner; denn wenn in München noch Spielraum vorhanden ist, sage ich den Münchnern: Dann nützt den Spielraum aus. Das ist die Möglichkeit, die das Gesetz gibt. Es besteht die Möglichkeit, durch die Erhöhung der Einkommensgrenzen mehr Bürgern, also den Beziehern niedriger Einkommen, den Bezug einer Sozialwohnung zu ermöglichen. Die Debatte, wer für neuen Wohnungsbau zuständig ist, müssen wir an anderer Stelle bei anderen Gesetzen führen. Ansonsten meine ich, dass wir in den Beratungen zügig vorankommen, weil wir die Verbandsanhörung schon durchgeführt haben und keinerlei Klagen gekommen sind. Dabei möchte ich es für heute belassen und freue mich auf den parlamentarischen Weg.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, bleiben Sie noch einen Augenblick stehen; wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege, es gibt Unterschiede. Das eine ist das München-Modell, das andere sind die Einkommensgrenzen bei der einkommensorientierten Förderung im sozialen Wohnungsbau. Dieses Gesetz bezieht sich nur auf die Wohnungen, die im ersten Förderweg gefördert worden sind. Insofern gilt das, was Sie jetzt zur unterschiedlichen Höhe der Einkommensgrenzen, die regional defi-

niert werden können, gesagt haben, nicht, auf jeden Fall nicht für dieses Gesetz.

Jörg Rohde (FDP): Frau Kollegin, dann bin ich auf Ihre Änderungsanträge zu diesem konkreten Gesetzentwurf angesichts der Gesetze gespannt, die vorliegen und zum 30. April auslaufen. Wir haben akuten Handlungsbedarf. Wir wissen auch, dass wir über den Winter nicht plötzlich neue Sozialwohnungen haben werden. Es handelt sich um einen angemessenen Gesetzentwurf, den die FDP-Fraktion unterstützt.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkte, Zweite Lesungen, auf, die ohne Aussprache beschlossen werden können.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und anderer Rechtsvorschriften (Drs. 16/2087)

- Zweite Lesung -

Eine Aussprache findet wie vereinbart nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/2087 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit auf der Drucksache 16/2829 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wird, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Kein Widerspruch.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Hat er unsere Gegenstimmen registriert?)

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen? -

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Hinschauen!)

- Entschuldigung: ich bin doch am Schauen. Jetzt noch einmal. Gegenstimmen? - Das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Dann ist dieser Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so angenommen. Das Gesetz hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes der Sozialgesetze und anderer Rechtsvorschriften".

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
Viertes Gesetz zur Änderung des Bayerischen
Verwaltungsverfahrensgesetzes (Drs. 16/2129)
- Zweite Lesung -**

Auch hierzu findet keine Aussprache statt, sodass wir gleich zur Abstimmung kommen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/2129 und die Beschlussempfehlung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz auf der Drucksache 16/2827 zugrunde. Der endberatende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/2827.

Als Zeitpunkt des Inkrafttretens ist in § 2 des Gesetzentwurfs der 28. Dezember 2009 vorgesehen. Die Staatskanzlei hat mitgeteilt, dass die Bekanntmachung des Gesetzes erst im Gesetz- und Verordnungsblatt, das am 29. oder 30. Dezember erscheint, erfolgen kann. Es wurde deshalb gebeten, in § 2 den Zeitpunkt des Inkrafttretens auf den 1. Januar 2010 festzulegen.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses mit dem geänderten Inkrafttrezeitpunkt zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ein Antrag auf Dritte Lesung ist nicht gestellt worden. Ich führe deshalb sofort die Schlussabstimmung durch und schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Einverständnis.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses mit dem geänderten Inkrafttrezeitpunkt seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieses Mal ist es einstimmig. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Viertes

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes".

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Dolmetschergesetzes und des
Gesetzes zur Ausführung des
Gerichtsverfassungsgesetzes und von
Verfahrensgesetzen des Bundes (Drs. 16/2438)
- Zweite Lesung -**

Ebenfalls keine Aussprache. Wir steigen damit sofort in die Abstimmung ein.

Zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/2438 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz auf Drucksache 16/2917. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung wieder nicht gestellt wurde, führe ich gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch, und zwar in einfacher Form. - Dagegen gibt es keinen Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das ist eine gute Gymnastik vor einem reichhaltigen Weihnachtsmenü. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das Gesetz einstimmig angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Dolmetschergesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes".

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die
Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller
Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom
18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der
Vereinten Nationen gegen Folter und andere
grausame, unmenschliche oder erniedrigende
Behandlung oder Strafe (Drs. 16/2003)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache findet ebenfalls nicht statt. Ich komme deswegen sofort zur Abstimmung.

Dieser liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 16/2003 und die Beschlussempfehlung des federführenden und endberatenden Ausschusses für Verfas-

sung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz auf der Drucksache 16/2916 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung.

Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann enthält sich nur die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, die anderen Fraktionen haben zugestimmt. Damit ist dem Staatsvertrag insgesamt so zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

**Abstimmung
über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die
gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste ein-

verstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen. Der Landtag übernimmt diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

(Zurufe)

- Nein, Entschuldigung! Wir hatten uns eigentlich so geeinigt, dass wir jetzt die Sitzung schließen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ja, einverstanden! - Zuruf von den Freien Wählern: Das können wir im Einvernehmen mit den Fraktionen auch heute Abend entscheiden!)

- Alles, was Sie morgen behandeln oder nicht behandeln wollen, können Sie bei der Weihnachtsfeier vereinbaren, zu der ich Sie jetzt alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, recht herzlich einlade. Wir haben einen besonderen Höhepunkt: Es singt auf besonderen Wunsch der Polizeichor Würzburg. Das sollten Sie sich nicht entgehen lassen, abgesehen von dem Festmenü heute Abend. In diesem Sinne eine schöne Weihnachtsfeier! Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 17.49 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 13)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. November 2009 (Vf. 15-VII-09) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 72 Abs. 1 bis 3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen (JAPO) vom 13. Oktober 2003 (GVBl S. 758, BayRS 2038-3-3-11-J)
 PII/G-1310/09-11
 Drs. 16/2918 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.**
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung Baierbrunnerstraße 14 in München
 Drs. 16/1324, 16/2872 (A)

**Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Freie Wähler
 gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO
 Votum des mitberatenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer u.a. CSU
Mundartförderung in Kindertagesstätte und Schule
Drs. 16/1636, 16/2673 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias,
Angelika Weikert u.a. SPD
Erhöhung des staatlichen Zuschusses für das Staatstheater Nürnberg
auf 90 Prozent des Gesamtbudgets
Drs. 16/1706, 16/2738 (A)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO

Votum des mitberatenden Ausschusses für

Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Droht Mangel an pädagogischen Fachkräften in den Einrichtungen
und Diensten der Erziehungshilfe in Bayern?
Drs. 16/1828, 16/2697 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses

für Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer u.a. CSU,
Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann FDP
Personalmangel in der Pflege verhindern
Drs. 16/1830, 16/2852 (G)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO

Votum des mitberatenden Ausschusses für

Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Offensive für Grundschulen
Drs. 16/1843, 16/2899 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachqualifizierungen für alle Hauptschülerinnen und -schüler ermöglichen
Drs. 16/1855, 16/2705 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback, Petra Guttenberger u.a. CSU, Julika Sandt FDP
Datenkompetenz
Drs. 16/1972, 16/2706 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ungleichbehandlung bei der Finanzierung ambulanter Pflegedienste beenden
Drs. 16/2005, 16/2853 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lärmschutz an Autobahnen, Bundes- und Staatsstraßen
Drs. 16/2095, 16/2894 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u.a. SPD
Konzept für geplanten Medienführerschein
Drs. 16/2096, 16/2838 (E) [X]

Die Antragsteller haben den Antrag für erledigt erklärt

13. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Bericht zur Entwicklung der Medien- und Kommunikationsmärkte im Freistaat Bayern
Drs. 16/2107, 16/2895 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Erleichterte Befreiung von der gesetzlichen Krankenversicherung
Drs. 16/2139, 16/2885 (G) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, Martin Bachhuber, Alexander Radwan u.a. CSU
Sollkostensatz zur Berechnung des Ausgleichs nach § 45a PBefG baldmöglichst den tatsächlichen Verhältnissen anpassen
Drs. 16/2147, 16/2806 (ENTH)

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Freien Wähler gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger CSU,
Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann FDP
Medizinische Versorgung in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
Drs. 16/2148, 16/2811 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Finanzierung des Digitalfunks für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste
Drs. 16/2152, 16/2893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures,
Reinhold Perlak u.a. SPD
Mögliche neue Einigung zwischen Staatsregierung und kommunalen
Spitzenverbänden über die Finanzierung des Digitalfunks
Drs. 16/2674, 16/2909 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zwischenbilanz Bioethik-Kommission der Staatsregierung
Drs. 16/2186, 16/2896 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften im öffentlichen Dienst
Drs. 16/2189, 16/2912 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zwischenbilanz BayernFIT GmbH
Drs. 16/2197, 16/2825 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein und Fraktion (FW)
Mehr Anrechnungstunden und Ausbildungsplätze für Beratungslehrer
Drs. 16/2239, 16/2735 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbesserte Nachfolgeregelung für das Bleiberecht
Drs. 16/2238, 16/2902 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl und Fraktion (FW)
Humanitäre Lösung für das Bleiberecht
Drs. 16/2243, 16/2903 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Isabell Zacharias u.a. und Fraktion (SPD)
Bleiberecht
Drs. 16/2436, 16/2907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP)
Bleiberecht - Regelung für Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“
Drs. 16/2475, 16/2908 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u.a. SPD
Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger (Stockholmer Programm)
Drs. 16/2267, 16/2923 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Diana Stachowitz u.a.
SPD
Behindertengerechte Erschließung von Justizgebäuden
Drs. 16/2270, 16/2904 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Google Street View - Bayern widerspricht den Nutzungsmöglichkeiten der Daten
seiner Immobilien
Drs. 16/2271, 16/2905 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Rettung der bayerischen Milchvieh- und Grünlandbetriebe - Teil I
Drs. 16/2303, 16/2844 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Vorkommnisse in der Erstaufnahmeeinrichtung in München
in der Nacht vom 11. auf 12. Oktober 2009
Drs. 16/2308, 16/2886 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Margit Wild u.a. SPD
Rechtsform Medizinischer Versorgungszentren (MVZ)
Drs. 16/2325, 16/2880 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz
und Fraktion (FW)
Forstreform kritisch überprüfen und Fehlentwicklungen korrigieren
Drs. 16/2356, 16/2845 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller,
Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU)
Maßnahmen zur Stärkung des Frauenanteils in MINT-Berufen
Drs. 16/2375, 16/2830 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger,
Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
UNESCO Immaterielles Weltkulturerbe
Drs. 16/2377, 16/2777 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ohne

die FDP-Fraktion hat beantragt das Votum „Ablehnung“ der Abstimmung zugrunde zu legen

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Datenmissbrauch bei SchülerVZ
Drs. 16/2379, 16/2924 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u.a. und Fraktion (SPD)
Prävention und Förderung verbessern
Deutlicher Ausbau der schulpsychologischen Beratung in Bayern
Drs. 16/2380, 16/2862 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Renate Will u.a. und Fraktion (FDP),
Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU)
Experten-Anhörung zu den Konsequenzen und Erfordernissen
der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern
Drs. 16/2393, 16/2831 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer u.a. CSU,
Brigitte Meyer, Thomas Hacker FDP
Entschließung zu den Eckpunkten zur Ausführungsverordnung
zum Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (AVPfleWoqG)
Drs. 16/2476, 16/2839 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Christa Steiger, Angelika Weikert, Diana Stachowitz SPD Bayern, aber gerechter Ausführungsverordnung zur Ausführung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (AVPfleWoqG) praxisorientiert gestalten
Drs. 16/2537, 16/2840 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Risiken beim Einsatz von Elektroschockpistolen (Taser) in Bayern
Drs. 16/2480, 16/2847 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider, Inge Aures u.a. SPD
Elektroimpulsgeräte (Taser) bei der bayerischen Polizei
Drs. 16/2585, 16/2848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über den Schulversuch Kooperationsmodell Hauptschule - Wirtschaftsschule
Drs. 16/2479, 16/2900 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll, Karin Pranghofer u.a. SPD
Auf den Anfang kommt es an - Grundschulen stark machen
Drs. 16/2542, 16/2901 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Bestellung eines Generationsbeauftragten
Drs. 16/2557, 16/2910 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht über den „Impfgipfel“ des Bundesgesundheitsministers vom 11. November 2009
Drs. 16/2568, 16/2882 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König u.a. CSU,
Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp SPD,
Joachim Hanisch, Prof. Dr. Michael Piazzolo FW,
Christine Kamm, Dr. Martin Runge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Thomas Dechant FDP
Weißbuch „Multi-Level-Governance“ des Ausschusses der Regionen (AdR)
Drs. 16/2662, 16/2807 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verschwendung von Steuergeldern auf Kosten von Flüchtlingen verhindern
Drs. 16/2684, 16/2854 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Bayern, aber gerechter
Verlängerung der Altersteilzeit
Drs. 16/2843, 16/2925 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Linus Förster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Einheitlicher Ansprechpartner
Drs. 16/1383, 16/2820 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

51. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Maria Noichl, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
WRRL-Umsetzung ernst nehmen - Aushilfskräfte reichen nicht
Drs. 16/2442, 16/2842

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

52. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Auswirkung des Koalitionsvertrags beim Bund auf die Gemeindefinanzen
Drs. 16/2554, 16/2805 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

53. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Aufteilung der Finanzierung des Digitalfunks zwischen Staat und Kommunen
Drs. 16/2146, 16/2888 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

54. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW)
Finanzierung des Digitalfunks - Kostenaufteilung zwischen Staat und Kommunen
Drs. 16/2151, 16/2889 (A) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

55. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Wort halten: Digitalfunk zügig einführen - Kommunen nicht weiter belasten
Drs. 16/2376, 16/2890 (A) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

56. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Digitalfunk: Kompromisslösung jetzt umsetzen
Drs. 16/2385, 16/2891 (A) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

57. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Renate Dodell u.a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Tragfähige Lösung für Betrieb des Digitalfunks
Drs. 16/2392, 16/2887 (G) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

58. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FW)
Finanzierung des Digitalfunks nicht zum Gegenstand der FAG-Verhandlungen machen
Drs. 16/2432, 16/2892 (A) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

59. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Algenproblematik an den mittelfränkischen Badeseen wirksam begegnen
Drs. 16/2218, 16/2884 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO
Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

60. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann, Dr. Otto Hünnerkopf, Joachim Unterländer u.a. CSU,
Franz Maget, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. und Fraktion (SPD),
Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FW),
Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Dr. Otto Bertermann, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde u.a. FDP
Ausbau der Bayerischen Nabelschnurblutbank
Drs. 16/2255, 16/2883 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>